

Bezugspreis:
Erscheint 3 Mal wöchentlich. Monatlich 10 Pfennig, vierteljährlich 30 Pfennig, halbjährlich 60 Pfennig, jährlich 120 Pfennig. Inland und Ausland. Für das Ausland ist einmal jährlich 25 Pfennig zu zahlen. Bestellungen nehmen an: Verleger, Druckerei, Buchhandlung, Postamt, Telephon, Telegramm, Eisenbahn, Hotel, Gasthof, etc. in der Poststraße 68, Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind für die erste Woche 50 Pfennig, für die zweite Woche 40 Pfennig, für die dritte Woche 30 Pfennig, für die vierte Woche 20 Pfennig, für die fünfte Woche 10 Pfennig, für die sechste Woche 5 Pfennig, für die siebente Woche 3 Pfennig, für die achte Woche 2 Pfennig, für die neunte Woche 1 Pfennig, für die zehnte Woche 1 Pfennig, für die elfte Woche 1 Pfennig, für die zwölfte Woche 1 Pfennig.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. **Freitag, den 5. November 1920** Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Schutz dem Ruhrgebiet!

Die „Dona“ meldet aus Essen unter dem 4. November: Gestern fand in Essen eine Gewerkschaftsversammlung unter Teilnahme der hier weilenden Mitglieder der Internationalen Gewerkschaftskommission statt. Gewerkschaftssekretär Meiter begrüßte zunächst die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Namen der deutschen organisierten Arbeiterschaft und wies auf die zurichtbare Lage des Industriegebietes hinsichtlich der Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiter hin.

sich hier nach dem Kriege, nachdem Ströme von Blut geflossen waren, die Arbeiter aller Länder wieder die Hand gereicht. Er streifte die Boykottklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen Preußen, Ungarn, die Munitionslieferungen der Entente an Polen, die der Internationalen Gewerkschaftsbund verhindert. Nun sei es Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Der Redner schloß mit dem Ruf: **Halte fest an Euren Gewerkschaften.**

Armee Wrangel.

Nachrichten aus Rußland melden, daß die gegenrevolutionäre, von Frankreich unterstützte Wrangel-Armee von den Roten geschlagen sei und die Partibefestigte Kessel-Landenge, die die Halbinsel Krim mit dem Festland verbindet, als Schutz aufsuchen wolle. Trotz dieser Meldung, daß das Gros der Armee von dieser Landenge abgebrängt und eingekreist sei, wenn es ihm nicht nach gelinge, auf französischen Schiffen zu fliehen, über die Entschiedenheit und die wechselnden Schicksale dieser nationalrussischen Armee wurden uns kürzlich von einer menschenwürdigen Sozialistin die nachstehenden Ausführungen zur Verfügung gestellt. Sie durch die neuesten Vorgänge auf dem Boden des russischen Bürgerkriegs erhelltes aktuelles Interesse gewinnen.

Der französische Delegierte Jouhaux führte aus, er sei ins Ruhrgebiet gekommen, um den deutschen Arbeitern die brüderlichen Gefühle der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller im Internationalen Gewerkschaftsbund vertretenen Länder zu übermitteln.

hatte sich am Internationalen Gewerkschaftsbund! Die Versammlung dankte mit stürmischem Beifall. Mit einem dreifachen Hochruf auf die Amsterdamer Internationale wurde die Versammlung beendet. In Bochum und Dortmund besuchte die Internationale Gewerkschaftskommission verschiedene Gruben und Fabrikbetriebe.

Erklärung der deutschen Gewerkschaften.

Die im Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes versammelten Gewerkschaftsvorstände haben gestern folgende Rundgebung einstimmig angenommen: „Von Tag zu Tag mehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewalttätigen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenkonzentrationen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen jüdischer Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrgebietes zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensadern abzuschneiden.“

Was hinter uns liegt, sei begraben und die erste Sorge der Arbeiter aller Länder müsse es jetzt sein, dem Kriege den Krieg zu erklären. Nur so würden die Arbeiter imstande sein, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Der Redner streifte sodann die Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der gegen jeden Krieg und gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde auch

gegen jede Besetzung eines Landes durch militärische Kräfte sei. Zum Schluß seiner Darlegungen erklärte Jouhaux: Wir wünschen den Wiederaufbau sowohl Deutschlands wie auch Frankreichs. Wir wünschen diesen Wiederaufbau durch gemeinsame Arbeit, aber

nicht unter der Kontrolle von Vasallen und Kanonen. Die Arbeiter aller Länder sollen freie Arbeiter sein. Das Glend, was wir hier gesehen, soll uns aber das Glend der französischen Brüder nicht vergessen lassen. Wir müssen jedoch, daß Deutschlands Glend nicht beiseite gelassen kann ohne die gemeinsame Arbeit beider Länder. Die Aufgabe aller Arbeiter der Welt sei, nicht als Sklaven, sondern als Arbeiter in vollkommener Unabhängigkeit zu leben. In diesem Sinne spricht er die Hoffnung aus, eine Welt wieder aufzubauen, in der es keinen Krieg mehr gibt und in der jeder wieder froh und glücklich sein soll, die Welt des Sozialismus.

Hierauf nahm der belgische Delegierte Mertens das Wort und drückte die Hoffnung aus, daß die deutsche Arbeiterschaft mit den Arbeitern der Welt die Internationale groß machen werde. Wenn die kapitalistischen Kreise der Entente das Ruhrgebiet besetzen wollten, dann werde sich die belgische Arbeiterschaft diesem Beginnen einmütig widersetzen.

Der Krieg sei zu Ende, die Arbeiter aller Länder müßten sich jetzt zusammenschließen, um die Welt zu erobern.

Mertens überbrachte die Grüße der französischen Metallarbeiter. Das größte Unglück, das die Arbeiterschaft treffen könne, sei die Zersplitterung in der Arbeiterschaft. Gewerkschaftssekretär Meiter schilderte nochmals die zurichtbare Gefahr, die unseren Kindern und damit unserer Zukunft durch die Ablieferung der Ruhrkohle droht. Die Ruhrarbeiterschaft habe alles getan, um das Abkommen von Spa zu erfüllen. Die deutschen Arbeiter werden ihren Genossen im Ausland beim Wiederaufbau helfen, aber die Folge des Spa-Abkommens laufe schwer auf dem deutschen Arbeiter. Zum Schluß berührte der Redner das Wohnungsproblem. Als Letzter nahm der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Jimmen das Wort, zum ersten Male haben

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturländer. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verzweiflung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das irreführende Glend nicht von der Rücksichtslosigkeit, den Ausbeutungen aus neuer bedrohender Verfolgung ihrer Ziele abstricht. Aber der einsichtiger und weitblickende Teil der Menschheit, und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwarnung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten, und warnt die verantwortlichen Gewalttäter auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesausschuss richtet zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftsbund in London, eine Rundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Es ist dringend zu hoffen, daß dieser Appell des Gewerkschaftsbundes, dem man gewiß keine chauvinistischen und nationalitätlichen Tendenzen nachsagen kann, ein lebhaftes Echo in allen Ländern, insbesondere in der internationalen Arbeiterschaft, erwecken wird.

Asquith marschiert.

Nach dem Gemeindevahlresultat in 300 englischen Gemeinden haben die Asquith-Liberalen sozial gewonnen, daß gleichzeitig vorgenommene Unterhauswahlen sie und die Arbeiterpartei zusammen zur Mehrheit gemacht hätten. Man rechnet deshalb mit der Auflösung des Unterhauses. Die Gewinne der Asquith-Partei sind auf Kosten der Lloyd-George-Koalition wie der Arbeiterpartei erfolgt.

Keine Niederlage der Labour Party?

Nach dem hier vorliegenden Londoner Organ der englischen Arbeiterpartei „Daily Herald“ vom 2. d. M. zu schließen, kann von einem Mißerfolg der Arbeiterkandidaten gar keine Rede sein. Das Blatt stellt fest, daß die Labour Party 32 Sitze neu erobert hat, denen nur 14 Verluste gegenüberstehen, während die übrigen Sitze behauptet wurden.

„Westminster Gazette“ gegen Frankreich.

Amsterdam, 4. November. (WZB.) „Westminster Gazette“ (Das Organ der Asquith-Liberalen. Die Red.) bespricht in einem Leitartikel die in Frankreich herrschende Besetzung gegen England infolge des Verzichts Englands auf die Anwendung der Paragrafen im Vertrage von Versailles betreffend die Beschlagnahme der deutschen Vermögen, die nach dem Kriege nach England kamen. Das Blatt schreibt, die britische öffentliche

Meinung billigt den Beschluß der britischen Regierung und betrachtet ihn lediglich als das tatsächliche Ergebnis der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Derselben Gründe, die England zu diesem Schritt gedrängt hätten, würden wahrscheinlich auch die Franzosen dazu treiben. Dem englischen Beispiel zu folgen. Diese an sich geringfügige Angelegenheit sei jedoch symbolisch für das mit Bezug auf den Friedensvertrag herrschende allgemeine Unbehagen. Man könne nicht zur gleichen Zeit Deutschlands wirtschaftlich vernichten und eine richtige Entscheidung aus ihm herausziehen. Man könne Deutschland nicht Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, das Ruhrgebiet nehmen und dabei erwarten, daß Deutschland fortführt, große Kohlenmengen abzuliefern oder sonst zu erzeugen, daß es damit der Wiederaufbauaufgabe gerecht wird. Außerdem stehe der Gedanke an die Aufrechterhaltung unmöglicher Forderungen, deren Befriedigung zu neuen Strafen und neuen Besetzungen veranlassen könne, in vollkommenem Gegensatz zu der britischen Idee einer europäischen Regelung. Es bestehe unzweifelhaft eine starke Strömung in der französischen öffentlichen Meinung, die der Ansicht sei, daß Deutschland nur dadurch unschädlich gemacht werden könne, daß es wirtschaftlich zugrunde gerichtet und womöglich zerstört werde, und daß Sibirien nur erlauft werden könne durch Gewalt und nochmals Gewalt. Die Mehrzahl der Engländer sei nicht dieser Ansicht und glaube nicht, daß es möglich sei, eine Nation von der Größe und Lebenskraft des deutschen Volkes für immer zu vernichten und in Stücke zu schneiden.

Es war im Winter 1917, als das bolschewistische Gewitter über Rußland zu toben begann. Kerenskis rechtssozialistische Regierung gestürzt, die Nationalversammlung gesprengt und das Heer samt seinem Oberkommando bolschewisiert wurde.

Da fürchtete — mitten aus dem Herzen des bolschewistischen Heeres, und zwar direkt aus dem Hauptquartier des Oberkommandierenden, — nachts, an einem düsteren Novembertage, der dort internierte Chef der gemauerten Kerensk-Armee, General Korniloff, mit einer kleinen Schar von Anhängern.

Eiserner Mut, bedingungsloses Spotten jeder Gefahr schmiedeten, angefaßt des stets lauerten Todes, die wenigen hundert Mann zu einer fähigen Schar zusammen, die fest geschlossenen Willens der harten Augenweilt trotzte.

Innerlich aber war schon dieser erste Keim der Freiwilligen.

Denn neben alten, radikalen, antibolschewistischen Sozialisten — den Menscheviki und Sozialrevolutionären — standen die treuesten Juremänner, neben jungen schwärmerischen Anbetern von Kerenski und Korniloff, denen jegliches politisches Tun fern lag, und die bloß für „Freiheit, Vaterland und Treue der Altkleriker“ kämpfen wollten — verdorrte und eigenmächtige Militaristen des alten Zarenregimes, die sich sehr wohl klar waren, daß sie — bei den strengen Anforderungen, die die Roten an persönliche Tüchtigkeit stellten — im roten Heere nichts erreichen konnten.

General Korniloff selbst ist als ein unbedingt ehrenwerter, tapferer und tüchtiger Mann zu bezeichnen, voller leidenschaftlicher Liebe zur Heimat, die er vom roten Ungeheim überfallen sah; ganz am Platz als Führer des besten Heeres und dabei der aller staatsmännlichen Fähigkeiten, was letzteres ja auch seinerzeit seine Verhandlungen als Heerführer mit dem Ministerpräsidenten Kerenski zuschanden machte und ihn selbst ins Verderben brachte.

Zu Fuß, in Unwettertagen irrend, hartnäckig von den Roten verfolgt, ohne jegliche ärztliche Hilfe, schlug sich die kleine Schar quer durchs ganze Rußland hindurch (von Mittelrußland bis ans Kubangebiet am Kaukasus), von wo sie, sehr übel von den Kubanoffenen empfangen, schon nach wenigen Monaten sich weiter gen Süden unter denselben fürchterlichen Entbehrungen zu flüchten genötigt sah.

Bis zu den Frühlingstagen 1918 dauerte diese leidensvolle und heldenhafte Periode der Existenz der Freiwilligen Armee, wobei sie ihre Führer, die Hälfte ihrer Leute und ihr halbes Kriegsmaterial verlor.

Mit dem Sommer 1918 läßt die zweite — rein äußerlich angehen sehr günstige — Periode Freiwilligen an.

Sie gewinnt Anhänger innerhalb des von ihr besetzten Gebietes, ihre Aufrufe, nach denen mit so verschiedenen Gefühlen ganz Rußland gespannt lauert, bleiben nicht unbeantwortet: Manche Tausende aus den von den Bolschewisten unbesetzten Gebieten stellen sich unter die plötzlich auferstandenen nationalen russischen Fahnen. Manche Hunderte von Kopfarbeitern, unter ihnen Vertreter fast aller politischen Nuancen von den National-Russen bis zu den Menscheviki, wollen es versuchen, dem neugeborenen und noch rätselhaften Phönix ihre Kräfte zu widmen.

Darmit gewinnt die Armee allmählich ein neues, klar ausgeprägtes Gesicht. Sie wird stark national mit einem offiziell verkündeten tatsächlich sich auswirkenden monarchistischen Einschlag.

„Rußland den Russen erobern“, „alles für den Krieg“, „Verachtung den Zivilisten — den Plündern!“, „Es lebe das große, einheitliche, unteilbare Rußland“, „Gott schütze den Jar“ als Nationalhymne — all das sind die neuen Werte der großen und siegreichen Armee.

Vom Winter 18/19 bis zum Herbst 19 prägen sich diese Züge der Freiwilligen immer deutlicher aus, denn sie wächst mit jeder Woche. Sie erobert in einem knappen Jahre das halbe Rußland: besetzt das ganze Kubangebiet, die Krim, das südl.

und mittlere Belgagel, die gesamte Ukraine bis zum Dnjepr und fängt an, sich nördlicher Gebiete zu bemächtigen, um sich dem so überwältigend, so lang und leidenschaftlich ersehnten Ziele — **Koskau** — dem „Herzen Rußlands“ — zu nähern.

Ihr Vorbringen gleicht einem ungehinderten Triumphzuge, große Städte fallen vor ihr wie Kartenhäuser, eine nach der anderen; die roten Stützen unauffällig; gepuderte freud-erfüllte Scharen begrüßen sie mit Gloriarufen, Blumen und Süßigkeiten in jeder eingenommenen Stadt. Sie wird von der Entente anerkannt und vielfach unterstützt, wird zur Staatsarmee, zur gleichwertigen drohenden Nebenbuhlerin des roten Heeres — und steht es in wachsendem Maße fort, sich auch geistig überlegen zu betätigen, — wobei ihr nationa-listisches und monarchistisches Gesicht immer deutlicher zum Ausdruck kommt.

Wenn sie sich jetzt wie zuvor für eine nach dem Kriege einzutretende, nach den vier demokratischen Regeln gewählte Nationalversammlung erklärt, so unterlassen es die Anführer von ihrem jetzigen Führer, General Denikin, niemals zu betonen, daß eine neue, der jetzigen Stimmung, des gesamten Rußlands entsprechende Nationalversammlung statt der ehemaligen, überwiegend sozialistischen, gewählt werden soll. Doch auch diese offizielle, recht dürftige Konzession an eine Nationalversammlung wird sehr richtig innerhalb des Heeres als unentbehrlicher Vorwand empfunden und nur mit Rücksicht auf die demokratischen Tendenzen der Alliierten und auf die bundesgenössische demokratische Regierung des Admirals Koltzsch in Sibirien ausgesprochen. Innerpolitisch spricht Denikin nur vom Achtstundentag und sozialer Befreiung. Das Agrarproblem, die brennendste Frage für Rußland, an der keine nachzaristische Regierung bisher vorbeizugehen wagte, wird nie offen besprochen, sondern in fruchtlosen Kommissionsverhandlungen hingeschleppt.

Außenpolitisch: derselbe verbohnte Nationalismus wie unter dem Jaren, so daß nicht einmal Verhandlungen mit Polen und der Ukraine über Handel und gegenseitige Waffenhilfe zum Ziele führen und selbst angesichts des Zusammenbruchs keine Einigung erzielt werden kann.

Nach gemeinsamer Eroberung von Kiew durch Ukrainer und Freiwillige führte der Streit, welcher der beiden Sieger seine Fahne am Kiewer Rathaus hissen dürfe, zu einem nachhaltigen Zwist.

Die innere Organisation der Freiwilligen in dieser „Blütezeit“ ist technisch unvollkommen und persönliche Protektionswirtschaft herrscht wie in den schlimmsten Zeiten der Jaren-Regierung. Ich selbst habe als Krankenschwester im Herbst 1919 Gelegenheit, die innere Desorganisation in dem wichtigen Etappenort Noworossisk (Rubangebiet) qualvoll in meinem Dienst zu spüren.

Die letzte dritte Periode der Freiwilligen — ihr Untergang, von den Oktobertagen 1919 bis zur Sommerzeit dieses Jahres — ist gekennzeichnet: einerseits durch heldenhafte Taten der sich an der Front anstrebenden Jugend und andererseits — durch völligen moralischen Zerfall in der Etappe und bei höheren und niederen Stufen. Nur wenige rühmliche Ausnahmen sind zu nennen.

Wilder nationaler Haß und Rachsucht gegen die Fremdenmännischen äußert sich in einer Reihe grausamer Judenpogrome bei dem Rückzug aus den meisten ukrainischen Städten; ein hemmungsloser Spekulationsbetrieb mit allen lebensnotwendigen Dingen tobt sich aus; immer rücksichtsloser wüthend, dauernd steigend mit der fortschreitenden Abwertung, Desorganisation und Aushungerung des „Weißen Gebietes“.

Alles ist ja leicht zu begreifen aus dem katastrophal plötzlichen Zusammenbruch der Armee, aus den monatelangen, ruhelosen tobenden unglücklichen Kämpfen und aus den maßlosen körperlichen und seelischen Lasten, aus denen nur wenige Kämpfer irgendwelche menschlichen Werte sich herüberretten konnten.

In weniger als einem Jahre wurde das gesamte Ruf-

land von den „weißen“ Armeen geräumt. In fünf Monaten ward die siegreiche Freiwillige von ihrer Frontlinie etwa 200 Kilometer südlich von Koskau bis in die Krime (Rußlands südlichste Ecke) zurückgedrängt und daseibst eingeschlossen.

Das Bild der roten Jagd nach den Freiwilligen ist gräßlich und unmenslich gewesen. Ich selbst habe es bei einer Batterie in ständiger, unaufhaltbarer Flucht vor den roten in den Oktober- und Novembertagen miterlebt. Als wir aber im März dieses Jahres Ueberreste der Freiwilligen, die bei Räumung von Noworossisk — der letzten „weißen“ Etappe — geflüchtet waren, empfingen, genügte der Anblick ihrer Kleidung, Gebärden und Gesichter, um sich das vollzogene Drama mit unerbittlicher Klarheit vorzustellen.

Die Ueberreste bildeten mit dem Südtail der Armee, nachdem General Denikin das Kommando niederlegte, die sogenannte Wrangelsche Armee, die seit März mit wechselndem Erfolg die Forten der Krime — die Landenge Beresop — vor den roten verteidigt und im Juli-August dieses Jahres einen Vormarsch aus der Krime über Alexandrowik begonnen hatte, wobei ihm die Bindung der roten Armee an der polnischen Front zu Hilfe kam. Nach dem Friedensschluß mit Polen hat Trotzki die rote Armee wieder gegen Wrangel geworfen. Wenn jetzt die Koskauer Junksprüche nicht lügen, scheint ihr Schicksal besiegelt zu sein.

Wilhelms Gutachterkollegium.

Die kostspielig Wilhelm Hohenzollern auf Kosten des preussischen Volkes in Amerongen bought, haben wir gestern im Morgenblatt am Hand des Berichtes vom Rechtsauschuss der Preussischen Landesversammlung nachgelesen. Jeden Tag verbrauchte der Mann 25000 Mark in Amerongen, während „sein“ Volk in Deutschland schlaunste Not und körperliches Elend zu tragen hatte.

Jetzt will ihm die bürgerliche Mehrheit der Landesversammlung auch noch eine Riesenentschädigung dafür zuschlagen, daß er in der Zeit des Zusammenbruchs sein kostbares Leben nach Holland in Sicherheit gebracht hat. Und weil sie sich dagegen wehrt, wird die Sozialdemokratie sogar von der bürgerlichen Presse angegriffen. Man wirft ihr Wahlmache vor. Demgegenüber stellt die „Soz. Anz.“ einige Tatsachen von allgemeinem Interesse fest:

Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie diesen Vergleich mit allem Nachdruck bekämpfen würde. Sie hat zunächst gefordert, die Frage des Hohenzollernvermögens rein politisch zu entscheiden. Sie hat hingewiesen auf das außenpolitische Bedenken, Wilhelm II. sein mindestens eine Milliarde betragendes Privatvermögen auszuhandigen, auf die dadurch bedrohte Sicherheit der Republik, auf die Empörung der wirtschaftlich notleidenden Volksmassen; auf die Beispiele mit Hannover und Hessen-Kassel 1866. Die bürgerliche Kommissionsmehrheit beschloß, diese politischen Einwendungen abzuweisen und die Frage rein juristisch zu behandeln.

Juristisch lag die Sache anscheinend so, daß alle Gutachten den Standpunkt der Krone in weitem Umfange als richtig anerkennen. Da haben nun die Mehrheitssozialdemokraten entdeckt, daß man bis zu der Sitzung am 3. November

dem Ausschuss verschwiegen hat,

daß bereits im Jahre 1910 Geheimrat von Brüneck und Ministerialdirektor Kähler ein Gutachten über die Frage erstattet haben, was den Hohenzollern und was dem Staate gehört. Dieses Gutachten ist seinerzeit von dem Finanzminister Dr. Hergt, dem jetzigen Führer der Deutschnationalen, und dem Justizminister Dr. Vesseler, ebenfalls einem Altkonservativen, als Standpunkt des preussischen Staatsministeriums in einem Prozeß im Park und Schloß Schönhausen verfochten worden, und das

Gutachten hat sich dem Standpunkt, dieses Gutachtens ange-schlossen. Das Brüneck-Kähler'sche Gutachten steht im schroffen Gegensatz zu dem Standpunkt, den jetzt die Krone einnimmt und den jetzt derselbe Ministerialdirektor Kähler im Vergleich zum Ausdruck gebracht hat. Nach dem Gutachten Brüneck-Kähler-Bergt-Vesseler würde den Hohenzollern nur ein Bruchteil dessen zustehen, was sie jetzt nach dem Vergleich erhalten sollen. Die Sozialdemokraten haben stürmisch gefordert, dem Ausschuss das Brüneck'sche Gutachten vorzulegen, und nach lauem Strömen bürgerlicher Abgeordneter und verschiedener Amtsstellen hat im Namen des preussischen Staatsministeriums Ministerialdirektor Robis angegeben, daß man dem Ausschuss nicht zumuten könne, ohne Kenntnis dieser wichtigen Rechtsausführungen zu entscheiden.

In der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses, die voraussichtlich am Sonnabend stattfindet, wird sich an diese Enthüllung über das verschwiegene Gutachten Brüneck's eine weitere noch schwerwiegendere Enthüllung anschließen. Nach zuverlässigen Mittheilungen hat man der preussischen Landesversammlung nur die Gutachten vorgelegt, die zugunsten der Ansprüche Wilhelms II. sprechen. Dagegen hat man ihr ein Gutachten des bekannten Professors des Staatsrechts Walter Schüding untergeschoben, das den entgegengesetzten Standpunkt juristisch begründen soll.

Die Begeisterung der bürgerlichen Presse für den Herrn von Haus Doorn wird nichts davon ändern, daß die Sozialdemokratie rücksichtslos auf volle Klarstellung der sehr zweideutigen Mandate besteht, die in der Abfindungsfrage vorgekommen sind.

Scheidemanns Wohnungseinrichtung.

Das Reichliche Finanzministerium schreibt uns:

Durch die Presse geben seit einiger Zeit wiederum Nachrichten, daß dem Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, zur Einrichtung seiner Privatwohnung Möbel aus den ehemals königlichen Schließern der Residenzstadt Kassel verkauft worden seien. Dabei wird behauptet, daß die Möbel einen hohen Kunstwert besäßen und außerdem weit unter Preis abzugeben worden seien. In diesen Gerüchten kann das Finanzministerium, dem die Verwaltung der Schließern in Kassel untersteht, folgendes mittheilen:

Was den Kunstwert der Möbel anlangt, so äußert sich hierüber eine Niederschrift der zuständigen Stellen vom 21. Juni d. J. dahin, daß trotz der Unberührtbarkeit der Schließern kein Bedenken besteht, die Möbel zur Ausstattung der Empfangs- und Arbeitssäle des Oberbürgermeisters leihweise abzugeben, wofür die Stadt neben Zahlung einer Leihgebühr die Verpflichtung übernimmt, die Gegenstände dauernd im Zustand der Ueber-gabe zu erhalten. Das Schreiben wurde von Vertretern des Kultusministeriums, des preussischen Finanzministeriums sowie vom Direktor des Hessischen Landesmuseums und vom Bezirkskonservator unterzeichnet.

Dieser Bestimmung gemäß wurde gehandelt und die Möbel an die Stadt Kassel gegen Verpflichtung tabelloser Instandhaltung zu mäßigem Preise vermietet. Hiermit fallen sämtliche gegen den Genossen Scheidemann erhobenen Vorwürfe in sich zusammen. Durch die leihweise Uebernahme der Möbel wurden der Staatskasse Unkosten erspart, die der Finanzverwaltung nur erwünscht sein können. Im übrigen darf man nicht vergessen, daß die Angriffe der Reaktion nicht sachlichen Beweggründen, sondern niedriger Schmach- und Verleumdungssucht entspringen.

Der 9. November.

Darmstadt, 4. November. Das Gesamtministerium hat beschlossen, hinsichtlich der diesjährigen Feier des 9. November daselbst Verfahren anzuwenden, wie bei der diesjährigen Kaiserfeier. Es sind also die Beamten und Staatsbediensteten, die den 9. November feiern wollen, für diesen Tag zu beurlauben. Die Ministerzeit wahrte ihren abweichenden politischen Standpunkt.

Mit dem Kopf durch die Wand.

Von Max E. Troll.

Eine kleine Eintagsfliege war in der Abenddämmerung zum Leben erwacht. Geleitet hatte sie bei ihrem langen Winterschlaf nichts. Aber hoch wollte sie hinaus. Da die Sonne gerade im Westen in prächtiger Abendröthe im Untergehen begriffen war, sog die kleine Fliege an ihrem Geburtsort auf. . . der Sonne entgegen. Doch die Sonne verschwand und der Horizont verdunkelte sich. Mittlerweile war die Fliege in die Nähe einer Großstadt gekommen. Da sah sie an einem Haus eine ganze Reihe von Sonnen brennen. . . elektrische Vogenlampen. In eine solche Sonne, in das Licht wollte sie fliegen. Sie schlang ihre Flügel doppelt so schnell wie gewöhnlich und steuerte auf die Lampe zu. Ein kräftiges Anstoßen und Zurückprallen. Sie hatte dabei ein ganz tüchtiges Loch in den Kopf bekommen.

„Ich muß aber doch zur Sonne gelangen,“ sagte sie zu sich selbst.

In ihrer Eucht zur Sonne zu gelangen, hatte sie die Glaswand nicht gesehen. Sie nahm einen noch längeren Anflug. Ein noch kräftiger Anprall. Die Glaswand war ganz gelblich. Die kleine einsichtige Eintagsfliege aber, die mit dem Kopf partout durch die Wand wollte, die für ihr winziges Köpfchen viel zu dick und hart war, fiel mit getrümmertem Schädel auf das Straßenpflaster und die selbigeleierten Herren und Damen und Dämchen gingen rücksichtslos über den kleinen Leichnam hinweg.

Moral von der Geschichte: Ehe man gegen eine Mauer anrennt, prüfe man als vorsichtiges Geschöpf die Stärke der Mauer und die seiner eigenen Stirnwand. Fällt der Vergleich zugunsten des eigenen Schädels aus, dann kann man ruhig und guten Mutes mit dem Kopf in Sturmbodentstellung gegen die Mauer antreten.

Rathswendung: Man soll nicht — wie Karren und unvernünftige Politiker — mit dem Kopf durch jede Mauer hindurch wollen.

„Heliol“ in der Volkoper. Die Große Volkoper, die bisher durch große Konzerte ein Stammesplaisir und Ged gesammelt hat, versucht es jetzt mit einer richtigen Operaufführung. Eine Kopf an Kopf gebaute Menge schaut und lauscht. Ist unser Volk also doch noch nicht so dumm, daß es nur Linsen und selbige Vergnügungen aufsucht? Das Volk hat wie ein einzelner komplizierter Mensch mehrere Seelen in seiner Brust, es kommt nur auf Ueber-lebendigkeit und Stärke an, die, einmal erfüllt, unterliegt und fähel. Noch ist hier ein Laufen ein Atemholen vor der eigentlichen Ver-lebendigung, ein Ueberlebendigkeitssymbol von der Volksbildung, aber äußerlich schon ein Erlebnis. Man wählt ein altes Repertoirestück der Oper, das nicht zu viele heimische Probleme aufwirft, ein Drama mit hohem idealistischen Einschlag, dazu von dem Meister, der dem Volk immer noch das Höchste in der Kunst bedeutet:

Beethoven's „Heliol“. Welch herrliche es. Ein höchst sonderes Ensemble singt, tüchtige Musiker lassen sich in der Welt und Adelheit der „Neuen Welt“ nicht erlösen, die Speme, provinziell ge-macht, herri gedulbig ihrer Eindeutigkeit. Die Musik verdrängt Worte, das mit Tischen besetzte Parterre Bewegung und Kritik. Im Ganzen ist nicht gerade jene Intimität, die der Oper so günstig, nicht jener farbenreiche Anstrich, der einem aus Brunn gewordenen Kunstgebilde notwendig ist wie der Star einem solchen Unter-nehmen. Melanie Kurt ist schon ein Star, Gabsdorf, Ugers, Penke, Bialer mehr als tüchtige Vertreter ihrer Rollen. Und als nach der Verwandlung des zweiten Aktes die Leonoren-Duettarie erklang, war das Publikum bereits voll Begeisterung und Jubelstimmung, be-griff also inständig den hier im Jahrtausendlichen Beethoven's Größe und Unergründlichkeit liegt. Die Spelleitung hatte richtig erkannt, daß hier nur eine Andeutung der Szenarie auf dieser Strengere-einbildung möglich sei, aber die Herkulegen hatte man doch zu wenig geheimnisvoll gehalten. Ein paar Scheinwerfer hätten Wunder getan. Die Lampen im Orchester leuchteten wie Autolichter, sie ließen keine Tiefe des Bühnenbildes zu.

Es ist im ganzen also bei einer recht gelungenen Aufführung eine Verdrängung des Staatstheaterenscendles nach der Hasenheide zu suchen, die einem anderen Publikum Freude bringt. Auch An-dacht? In solchem Saale ist Wagner möglich, Beethoven eben er-träglich, Mozart undenkbar. Grenzen sind also genug gezogen. Die Besizer der Antellidene aber, die selten unter den Linden ins Parket kommen, haben hier in Rosen vielleicht ein kleines Promen-ideal erfüllt gesehen. Das ist zu unterstreichen. Die Not führt auf manderlei Wegen einer Gemeinschaftlichkeit; aber sie zehrt hier doch wenigstens mit dem Weg aus eine Tat und ein Ziel. So sei der Aufstall einer Volkoper begrüßt!

Kurt Singer.

Wilhelm Ostwald über seine neue Farbenlehre. Im Rahmen der Vorträge bot die Urania am Mittwoch Gelegenheit, Wilhelm Ostwalds vielbesprochene neue Farbenlehre von ihm selber erläutert zu bekommen. Mit bemerkenswerter Frische hat der Forscher in einem Alter, da sich andere dauernd zur Ruhe setzen, ein neues Gebiet wissenschaftlicher Erkenntnis erschlossen: die Farbenlehre. Gewohnt, wissenschaftlich zu normieren und zu organisieren, begann er damit, in die bunte Welt der Farben Ordnung zu bringen. Er führte uns sein Normensystem, das es erlaubt, jede Farbe eindeutig zu bezeichnen (mit Zahlen und Buchstaben) und damit für alle praktischen und wissenschaftlichen Zwecke festzulegen, anschaulich vor. Er nimmt acht Hauptfarben (zwei Blau und zwei Grün) als Grundlage an, teilt sie in 24 Stufen (und darüber hinaus in 100), kombiniert sie mit den gleichfalls acht Abteilungen von Weiß zu schwarz und schafft so in einem Doppeltel eine Verleserung sämtlicher Farben in ihren Mischungen. Durch Durchschnitte und Kreise, die graphischer Darstellung zugänglich sind, gelangt es so, eine Normierung aller Farben nach Maß und Zahl zu schaffen. Es braucht dann nur der Farbton (Zahl) und der Buchstabe für die Klasse Weiß-Schwarz angegeben zu werden.

Die Klassifizierung der Farbe ist für einen Mann von der Art Ostwalds, dem die Erkenntnis ein Mittel zur Naturbeherrschung ist, nur der Wegangspunkt, um zu praktischen Anwendungen vor-

anzureiten. Er hat sich nicht weniger zum Ziel gesetzt, als für die Farbtonik ebenso die (bisher nur dunkel empfundenen) Gesetze der Harmonie festzustellen wie etwa Bach für die Tonkunst. Er gibt demgemäß die Ordnung der Harmoniegesetze an: alle Farben sind harmonisch, die auf gleichem Farbkreis (des Schwarz-Weiß-Stufung) oder auf den gleichen Schnittlinien des Durchnittes liegen. Die Kunst und das Kunstgewerbe, jede Farbenpraxis wird durch Beachtung dieses Gesetzes große Fortschritte machen. (Wobei Ostwald den historisch-kulturellen Faktor, der nicht nur naturgesetzlich bedingt ist, unterschätzt). Zahlreiche Hilfsmittel (Farbenanalen, -leiter, -fächer, -tafeln) sollen der Praxis die Wege erleichtern. Schon werden in Schulen Kinder darin unterrichtet. Eine besondere „Welt-feste für Farbtonik“ in Dresden usw. soll der volkswirtschaftlichen und künstlerischen Auswirkung der neuen Lehre dienen. Und einiger-maßen ironisch überläßt es Ostwald, der in nichts mehr der welt-fremde Gelehrte der alten Zeit ist, sondern sein Werk selbst zu fördern liebt, dem Publikum, zu unterrichten, warum in der Hauptstadt Deutschlands auf diesem Gebiete nichts geschieht.

Ueber die Schnur bauen. Diese vielgebrauchte Nebenart stammt wohl von dem Zimmermannsbrauch, durch eine mit Kreide oder Rötel bestrichene Schnur den Strich am Stamm zu bezeichnen, bis zu dem bei Verstellung eines viereckigen Balkens die Spitze abgehauen werden sollen. Wer über diesen von der Schnur bezeichneten Strich binauhant, macht einen Fehler. Schon in Sebastian Frands Schilderungssammlung heißt es: „Uebermachst nit, hau nit über die Schnur“. Bei dem Begriff des Unbedingten und Uebermächtigen, den wir heute mit dieser Nebenart verbinden, scheint aber auch noch ein Ausdruck mitzuklingen, den man von wilden ungebürdigen Pferden gebraucht, nämlich „über den Strang schlagen“, wofür sich in Riiss „Jrenomachia“ vom Jahre 1830 die Wendung findet: „ut de sanor treden“. Wer „über die Schnur hau“, macht also nicht bloß wie der Zimmermann einen Fehler, sondern „tritt aus der Schnur“ wie ein Uebermächtiges Pöbeln.

Proletarisches Theater. Das Proletarische Theater, das in der vorigen Spielzeit in Berlin von einem Kreise künstlerisch und politisch Infiltrierter Personen gegründet wurde, aber noch einigen Aufführungen ins Stocken geriet, ist abermals ins Leben gerufen worden. Ueber den Anlaß und Zweck der Gründung unterrichtet folgende Zuschrift aus den Reihen der Leiter dieser Bühne: In der Arbeiterklasse ist ein starkes Bedürfnis nach persönlicher und menschlicher Anregung vorhanden. Sie, die noch nicht in die Lage gesetzt ist, in großem Maßstabe Bildungseinrichtungen zu benutzen, die vom Geiste des Sozialismus durchdrungen sind, muß diejenigen Theater besuchen, die Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft sind. Wenn auch hier und da in einem Theater im Norden oder im Süden ein Stück gespielt wird, das dem Empfinden der Arbeiter entspricht, so ist das eine Ausnahme und geschieht meist aus Kapitalistischer Epeulation. Auch die Volkshäuser kann infolge ihrer Zusammensetzung nicht in der nötigen Weise die Wünsche der Arbeiterklasse befriedigen. Nun hat sich ein proletarisches Theater gebildet. Es besitzt schon eine stattliche Anzahl von Mitgliedern. Es ist organisatorisch so aufge-baut, daß die wirtschaftliche und geistige Verwaltung in Händen von Kandidaten liegt, die von den Mitgliedern gewählt werden. Das

Wirth gegen Helfferich.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die allgemeine politische Aussprache fort.

Abg. Dr. Helfferich (Dnatl.):

Der Abgeordnete Schiffer hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es auch für das Parlament eine Sparmaßnahme ist, die Sparmaßnahme im Wort. Ich will seinem Rat folgen. Herr Schiffer hat aber auch die Rede des Grafen Westphal kritisiert und uns Mangel an Verantwortungsgelübde vorgeworfen. Diese Genur weisen wir zurück. Sie ist nicht unberechtigt, besonders, wenn sie sich auf Oberschlesien bezieht. Der Mangel an Verantwortungsgelübde liegt nicht bei denjenigen, die auf die dortigen Zustände hingewiesen und Abhilfe verlangt haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Aufwindung der Autonomie für Oberschlesien hat auf treueste entmündigt. Man hat sie dort so empfunden, als ob man bereit sei, Oberschlesien aufzugeben, als ob man die Fahne nieder holen wolle, als ob es sich nicht mehr lohne, zur Zustimmung nach Oberschlesien zu fahren. Wir haben alles getan, um unsere Freunde auf die Schanzen zu bringen. Minister Dr. Simons hat den Vorwurf, daß wir Nationalisten seien, mit dem Hamburger Fall bekräftigt. Das ist kein Vorwurf, wie aus einem Telegramm der „Völkischen Zeitung“ aus Hamburg hervorgeht. Danach handelt es sich gar nicht um einen politischen Zwischenfall, sondern um ein Wirtschaftskontingente, und die Franzosen haben an der Polizeiwache selbst gebeten, den Fall nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. (Beifall! links! hört! rechts.) Der Reichsminister des Auswärtigen darf nicht politische Zwischenfälle künstlich schaffen, er sollte sie lieber möglichst geräuschlos beilegen. (Sehr richtig! rechts.) Er hat weiter gesagt, der deutsche Gedanke könne nur dadurch seine Berechtigung erweisen, daß er auch anderen etwas bräute. Wir haben in Deutschland genug zu tun, und können nicht noch andere beglücken. Denken Sie nur an die Engländer mit ihrem Spruch:

„Right or wrong, my country“

(Beifall rechts. Unruhe links.) Wir sind die Letzten, die zu Repressalien gegen die Polen aufrufen, wir verlangen nur, daß die Regierung angemessene Maßnahmen ergreift. Erst in der letzten Zeit sind wieder in Bromberg elf Reichsdeutsche verhaftet worden, nur weil sie an der Spitze deutscher Organisationen stehen. (Hört! hört! rechts.) Was ist geschehen, diese neue Verhaftung ist ein Angriff zu machen? Der Abgeordnete Müller-Franken hat fürchterliche Drohungen gegen Kriegsbezer ausgesprochen.

Wer steht denn bei uns zum Kriege?

(Lachen bei den Sozialisten.) Er hat weiter gesagt, die deutsche Arbeiterkraft würde jeden neuen Krieg verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Ich warne vor solchen unbedachten Reden; sie wirken nach außen wie eine Einladung zu neuer Gewalttat, wie ein Freibrief für jeden Rechtsbruch. (Leb. Zustimmung rechts. Zuruf bei den Sozialisten: Spielen Sie doch nicht den Genor!) Meine Ausführungen sind ja nur eine bescheidene Gegenwehr. Müller hat sich zugunsten Scheidemanns darob berufen, daß der Kaiser seine Offiziere und Beamten der Treueidee entbunden habe. Gewiß, aber der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann hat die Republik am 9. November 1918 proklamiert und die Eidesbindung ist erst am 28. nach längeren Verhandlungen erfolgt. (Hört! hört! rechts. Unruhe bei den Sozialisten.) Die empörende Renegation, die Offiziere könnten froh sein, daß sie am 9. November mit dem Verlust der Kolonnen und der Schiffschuppen fortgegangen sind, muß ich ebenfalls entschieden zurückweisen. Er hat das entschieden mit der historischen Tatsache, daß in jenen Novembertagen die Monarchie in Deutschland ohne einen Versuch der Gegenwehr seitens der Offiziere verschwunden ist. Welche Kreise überzeugter Monarchisten empfinden es schwer, daß in jenen Tagen Kaiserthum und Königtum ohne einen entscheidenden Versuch einer Gegenwehr von einer Revolution hinweggefegt worden sind, die niemand treffender charakterisiert hat als Ihr Parteifreund Roske. (Sehr gut! rechts.) Aber die Schuld an dem Zusammenbruch trägt nicht unser Offizierskorps. Am 9. November haben sich Tausende von Offizieren, darunter solche mit geschweiften Ärmeln und Feinen, auf der Kommandantur zur Verfügung gestellt. Es wurde ihnen aber gesagt: Gebraucht werden nur hundert K. V. Offiziere für Berlin und 50 für Potsdam.

(Hört! hört! rechts.) Es ist leider nicht gelungen, die leitenden Stellen von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Am nächsten Morgen war der erste Akt das Schießverbot und der zweite die falsche Kundmachung von der Abdankung des Kaisers. Die Revolution sah also in der Regierung selbst. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Offiziere waren zu sehr an Disziplin gewöhnt, um einen Widerstand auf eigene Faust zu organisieren. Die Revolutionäre mußten also, daß sie nicht riskieren. (Widerspruch bei den Sozialisten.) Dies war die erste Revolution der Weltgeschichte mit Lebensversicherung. (Beifall und Heiterkeit rechts. Zuruf bei den Sozialisten: Wo waren Sie denn?) Ich habe das Kabinett gebeten, mich in Reich und Glied einzufinden. Ob es richtig war, daß der Kaiser nach Holland ging, darüber sind auch in unseren Kreisen die Meinungen geteilt. Aus dem ausführlichen Protokoll ergibt sich, daß der Kaiser nur deshalb nach Holland gegangen ist, um die Gefahr eines Marsch-Verzuges zu vermeiden. Müller meint, er hätte den Tod an der Spitze seiner Garde suchen müssen. (Zuruf bei den Sozialisten: So hätte Friedrich II. gehandelt!) Das ist das erste Mal, daß ich erlaube, daß Sie für Friedrich II. schwärmen. (Heiterkeit.) Nun zur Interpellation über die Entwaffnung! Die vom Reichskommissar genannten Zahlen haben unsere Erwartungen weit übertraffen. Wegen die Anhaber noch vorhandener Waffenbestände hat der Reichskommissar Zwangsmaßnahmen angekündigt. Wir verlangen da vor allem energisches Vorgehen gegen die Kreise, die die Diffamierung der Waffen und die Gewalt predigen. (Widerspruch und Unruhe bei den Sozialisten und Kommunisten.) Wenn an diesen Anführern des Deutschen Reiches von der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands die deutschen Arbeiter für die Herausgabe von Waffen genannt werden, so ist das doch der beste Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung. (Zuruf: C. r. a. e. s. c. h.) Die Absicht der Sozialdemokratie war es ja wohl, den Kreislauf hier wieder aufzuwärmen. Der preussische Justizminister hat auf Grund des ihm vom preussischen Minister des Innern zur Verfügung gestellten Materials nach eingehender Prüfung sich dahin geäußert, daß das Verbot der Orgel nach dem Reichsvereinsgesetz nicht gerechtfertigt ist. Wir richten an die Reichsregierung die Aufforderung, der Reichsverfassung gegenüber dem Gewaltakt des preussischen Ministers des Innern volle Achtung zu verschaffen. Wir verlangen Veröffentlichung des gegen die Orgel vorliegenden Materials, aber mit Entschiedenheit fordern wir auch die Veröffentlichung des Materials gegen die kommunistische Arbeiterbewegung.

Wir stehen vor einer ungeheuren Gefahr:

vor der Gefahr der Einführung des Sowjetismus in Deutschland. Bei den Beziehungen zu Vertretern der Sowjetrepublik soll es sich angeblich um wirtschaftliche Besprechungen handeln. (Zuruf links:

Sie sind ja aus Moskau ausgerissen!) Ich bezeichne jeden als Verleumder, der diese Behauptung aufstellt, die schon einmal durch den Unterstaatssekretär Junge richtiggestellt worden ist, auf dessen Befehl hin ich zu persönlichem Bericht nach Berlin gereist. Russland hat nichts zu handeln. Der einzige Ausführartikel Russlands ist die Revolution. (Sehr richtig! rechts.) Der Entwurf des Haushaltsplans enthält eine grundsätzliche Änderung: früher stand jeder Minister bzw. der Reichsfinanzminister an erster Stelle des Staats, heute fängt er mit den Rangleibehältern und Ministerialamtsgehilfen an. Zum Schluss heißt es dann: Ein Reichsminister. (Große Heiterkeit.) Der außerordentliche Haushalt umfaßt 100 Milliarden mehr als 100 Milliarden Ausgaben, knapp 80 Milliarden Einnahmen, 70 Milliarden Restbetrag; so sieht der neue Etat aus. Die Folge wird ein neues Anwachsen der Inflationsrate sein. Für das nächste Jahr hat uns der Herr Reichsfinanzminister schon heute auf weitere Milliarden Mehrbedarf vorbereitet. Man fragt sich mit Entsetzen: Wo soll das hinaus? (Zuruf links: Das hätten Sie früher fragen sollen!) Haben wir einen Staatsbankrott zu fürchten oder können wir einen Bankrott vermeiden? Redner erörtert die Schwankungen und das Sinken der deutschen Valuta. Heute steht unsere Rat nicht mehr auf 10 Pf., sondern erheblich darunter. Rufen Sie sich selbst ein Bild davon, wie sie über ein Jahr stehen wird. Der Mittelstand wird am schwersten betroffen, Einkommensruher und Kapitalertragssteuer belastungen die Vermählung dieser Schicht. Der Stand unserer Valuta erlaubt dem Auslande, uns auszulauken.

Wir exportieren bereits unsere Bergwerke.

Grundgründe, unseren Ackerboden, unsere nationalen Produktionsmittel zu Schinderpreisen. (Zuruf bei den Sozialisten: Das ist Ihre Schuld!) Die meisten Verkäufer tun das ja gar nicht freiwillig, sondern durch die hohen Steuererzeugnisse. Das bedeutet eine rettungslose Arbeitslosigkeit für unser ganzes Volk. (Sehr richtig! rechts.) Das ist kein Vandalismus mehr, das ist Ententismus. (Sehr gut!) Denn wir haben den Volksbankrott, die Zwangsarbeit für das Ausland. Die Ausgaben für den Oberauschuss im besetzten Gebiet müssen wir unbedingt ablehnen. (Beifall rechts.) Wir können der Entente nicht Mittel bewilligen, die nur zur Abwicklung der Abenteurer bestimmt sind und keinen Rechtsboden im Versailler Vertrag haben. Loucheur hat in der französischen Kammer für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete 500 Milliarden Rubler verlangt, während der Engländer Keynes nur 16 Milliarden errechnet. Diese Kosten sind für das deutsche Volk nicht zu tragen. (Hört, hört! rechts.) Die Erfüllung des Friedensvertrages aber ist eine blanke Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Bald beginnt das Weichkniehen des deutschen Volkes. Das muß der Welt endlich einmal klar gemacht werden. Wir brauchen Jahre der Erholung. Die neue deutsche Unterdrückung darf nur unter eine Summe geleist werden, die im Bereich der Möglichkeit liegt. (Sehr richtig! rechts.) Nicht die Materialpreise sind an den Preisbewegungen der Eisenbahn schuld, sondern die Mehrfachverwendungen für Löhne und Gehälter in Verbindung mit der Minderarbeitsleistung. Die überfüllte Steuergebarung der Nationalversammlung muß revidiert, die Steuerbanden vereinfacht werden. Die Besoldungsfrage ist mit einer Verfahrensbekämpfung verbunden, die überaus reichlich frucht. Allein in der Reichsfinanzverwaltung sind 20.000 neue Stellen geschaffen worden.

Verfassungsdebatte im Landtag.

In der Preussischen Landesversammlung fand am Donnerstag die 2. Lesung der Verfassung auf der Tagesordnung. Zunächst erfolgt die Abstimmung über die den Staatsrat betreffenden zurückgestellten Paragraphen und über den damit zusammenhängenden § 10, durch den die Auflösung des Landtages geregelt wird, und über den § 26, wonach der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten zu wählen hat, und dieser die übrigen Staatsminister ernannt. Alle Paragraphen wurden nach Ablehnung der Änderungsanträge angenommen. — Es folgt der Abschnitt über das Staatsministerium, § 25 bis 28. Bei § 27 b, der bestimmt, daß die Minister Anspruch auf Besoldung haben, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung ihnen aber nicht zustehen, verlangt

Abg. Heilmann (Soz.)

Streichung dieses Paragraphen. Die Besoldungsfrage der Minister muß durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. In der jetzigen Fassung bedeutet der Paragraph für die Minister eine sachlich nicht gerechtfertigte Ausnahmestellung. Der Finanzminister hat mit auf Anfrage erklärt, daß dazu die Vorbereitungen getroffen worden seien, bisher aber noch keine Lösung gefunden sei.

Abg. Dr. v. Kries (Dnat. Sp.): Die Streichung ist nicht nötig. Die Minister sind ja doch eigentlich nur politische Parteifunktionäre; in den anderen parlamentarisch organisierten Staaten erhalten sie auch kein Ruhegehalt.

Abg. Ludwig (U. Soz. rechts) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag auf Streichung zu.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Bestimmung des § 27 b richtet sich einseitig gegen die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Minister. Man soll nicht vergessen, daß ein Minister, der weiß, daß er nach dem Ausscheiden aus dem Amte wirtschaftliche Schwierigkeiten vor sich sieht, sich während der Amtszeit selbst sicherstellt. Er könnte sich z. B. eine Stellung in der Industrie oder im Großhandel sichern dadurch, daß er bestimmten Interessentengruppen bei der Befehlsgebung entgegenkommt. Man sollte das politische Leben nicht vergiften, indem man die falsche Behauptung aufstellt, daß die Minister

nur politische Parteifunktionäre

wären. Wir bestehen darauf, daß die Entschädigungsfrage für die aus dem Amte scheidenden Minister und ebenso für die hohen politischen Beamten in der gleichen Lage durch besonderes Gesetz geregelt wird.

Abg. Dr. Leibig (Dt. Sp.): Die Angelegenheit kann innerhalb der Verfassung nicht geregelt werden. Wir beantragen, § 27 b folgendermaßen zu fassen: Die Minister haben Anspruch auf Besoldung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge bestimmt ein besonderes Gesetz.

Abg. Berndt (Dem.): Die Minister sind nicht Parteifunktionäre, sondern nehmen eine beamtenähnliche Stellung ein. Im Rahmen der Verfassung kann eine Regelung der Ruhegehaltsfrage nicht erfolgen.

Abg. v. Kries (Dnat. Sp.): Nicht nur die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Minister werden durch den Paragraphen betroffen, sondern alle Minister in gleicher Weise.

Abg. Hauschild (Soz.) zieht den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung zurück. Der Antrag von Dr. Leibig zurück. Darauf wird § 27 b in dieser Fassung angenommen. Die §§ 28, 29 werden debattierlos angenommen. § 30 soll mit

Wir halten es mit dem Rezept aus der alten Apotheke: Ruhe, Ordnung, Arbeit und Sparsamkeit. Auch mit der Sozialisierung können wir und nicht befremden. Sie würde uns in den Bankrott hineinführen. An der sozialen Verbesserung werden wir mitarbeiten. Sie ist die Vorbedingung des Wiederaufbaus. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

wendet sich gegen die scharfe Kritik des Vortragners. Von hinterlassenen Geisteskräften aus der Zeit Helfferichs ist nichts zu merken. (Sehr richtig!) Gegenüber seinen Ausführungen betone ich, daß das Weichkniehen des deutschen Volkes

Bereits im Kriege begonnen

hat. Herr Helfferich hat erst einen einzigen positiven Vorschlag gemacht. Die notwendigen schmerzhaften Steuererhöhungen, insbesondere das Reichsnotopfer, müssen durchgeführt werden; eine entsprechende Novelle wird dem Hause in nächster Zeit zugehen.

Der Minister wendet sich dann gegen eine Reihe einzelner Behauptungen des Vortragners und weist besonders auf die hohen Gewinne der Industrie, besonders der Montanindustrie, hin, deren Preissteigerung in keinem Verhältnis zur Steigerung der Löhne und Gehälter steht. Wir werden dem Reichstag in kurzem einen Milliardenantrag zugehen lassen müssen, um die Ernährung des Volkes sicher zu stellen. Aus unserem Land gibt es ein Hauptmittel; die Stabilisierung unseres Geldes. Das ist das tiefste Problem unserer Wirtschaft. Vielleicht hilft Genf dazu, es seiner Lösung näher zu führen. — Wenn ich Ihnen meine Pläne zur Wirtschaft auseinandersetzen würde, dann würden Sie von rechts bis weit in die Mitte hinein Mißfallen erregen. Zum Schluß seiner Ausführungen betont der Minister, daß zu den Ausführungen des Abg. Helfferich am wenigsten ein Mann berechtigt sei, der durch seine

verhängnisvolle Kriegsfiananzpolitik

außerordentliche Kurzsichtigkeit bewiesen habe. Wer den Ausdruck getan hat: „Das Weichkniehen der Milliarden sollen die anderen nach sich schleppen“, der ist nicht derselbe, als Ankläger gegen die Regierung aufzutreten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Lueg (D. Sp.) beschäftigt sich eingehend mit dem Etat. Der Ausbau des Etats ist lächerlich und unklar. Es befinden sich darin große passive Posten; doch wäre mit einer Ueberführung des Etats und der Steuererhebung nicht gedient. Auch beim Notetat bedarf es einer genügenden Einarbeitung. Nicht helfen kann die Ausführung des marxistischen Sozialismus. Ich bitte überzeuge, wenn Roske hier im Saale sehe, würde er auf der rechten Seite des Hauses seinen Sitz haben. (Heiterkeit.) (1) Redner bekräftigt sich dann mit dem innerpolitischen Kampf der Parteien, besonders angesichts der furchtbaren Last des Friedensvertrages, dessen finanzielle Lasten nicht entzogen seien. Bei der Besprechung der auswärtigen Probleme warnt Redner vor dem Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung mit England und wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Müller (Soz.) über Litauen und momentlich gegen seine Ausführungen zur Entwaffnungsfrage, die er eine Unterstützung Frankreichs nennt.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Abg. Helfferich (Dnat. Sp.) gegen verschiedene Ausführungen des Reichsfinanzministers und betont, daß er sich in der Hoffnung auf eine Kriegsschlichtung in der von ihm sonst gemiedenen Gesellschaft des früheren Reichsfinanzministers Erzberger befindet. (Heiterkeit.)

Freitag, den 5. November, mittags 12 Uhr: Kleine Anfragen; Interpellation über Kartoffelversorgung; Fortsetzung der Stadthalte; kleine Geschenkwürfe. Ende 7 Uhr.

§ 81 zusammen beraten werden. § 81 wird in folgender, von den Sozialdemokraten beantragten Fassung angenommen:

„Das Staatsministerium erläßt die zur Ausführung der Befehle erforderlichen Verordnungen, soweit das Gesetz diese Aufgabe nicht einzelnen Staatsministern zuweist.“

Zu § 82 bemerkt

Abg. Freymuth (Soz.): Der Wortlaut des § 84 könnte zu der irrthümlichen Auffassung führen, daß das Staatsministerium das Vornadigungsrecht nicht mehr an einen einzelnen Minister übertragen darf. Tatsächlich soll aber an der früheren Handhabung nichts geändert werden. Wir erbitten eine dahingehende Erklärung. Ein Regierungsbereiter gibt die gewünschte Erklärung ab.

Abg. Obuch (U. Soz.): Ich stelle fest, daß die Rechtssozialisten und die Demokraten Grundzüge des alten kaiserlich-preussischen Staats in die neue Verfassung übernehmen. Auch das Zentrum handelt infamig.

Abg. Freymuth (Soz.): Im Erfurter Programm steht nur, daß die Ernennung der Beamten durch das Volk erfolgen solle; dagegen brauche nicht jeder einzelne Beamte durch das Volk ernannt zu werden.

Abg. Heilmann (Soz.): Der Rechtssozialist Obuch ist sich über den Begriff des unmittelbaren Staatsbeamten nicht klar. Er verlangt, daß der Fortschritt der Selbstverwaltung auf eine Verminderung der unmittelbaren Staatsbeamten zugunsten der mittelbaren hinausläuft.

§ 82 wird in der Ausdrucksfassung angenommen, ebenso § 83.

§ 84 regelt das Vornadigungsrecht.

Abg. Lichtenstein (U. Soz. rechts): Wir wenden uns dagegen, daß das Vornadigungsrecht jetzt an das Staatsministerium übergeht.

Abg. Freymuth (Soz.): Ein Bedürfnis für ein Gesetz oder für eine generelle Festlegung des Vornadigungsrechtes in der Verfassung liegt im Augenblick nicht vor. Das schließt aber den späteren Erlass eines besondern Gesetzes nicht aus. Auf die Abklärung der Mißstände in Gebieten der unterwertigen Kommission haben wir leider keinen Einfluß. Es handelt sich auch nur um einen vorübergehenden Zustand.

Abg. Lichtenstein (U. Soz. rechts): Bei der Handhabung des Vornadigungsrechtes ist besonders in Oberschlesien jahrelang geforscht worden. Die Bevölkerung verlangt eine gründliche Reform. Eine allgemeine Amnestie, wie sie im Fall des Verbleibens der Provinz Oberschlesien beim Reich notwendig wird, ist immer schlechter als eine Amnestie im Einzelnen.

§ 84 wird in der Ausdrucksfassung angenommen. Die Bestimmungen über das Zustandekommen und die Verkündung der Gesetze (§§ 41 bis 43) werden unter Abänderung des Änderungsantrages der Urabstimmung in der Ausdrucksfassung angenommen. Es folgt die Beratung des Abschnittes 6

über das Finanzwesen

(§§ 44 bis 58). § 45 bestimmt in seinem letzten Satz, daß bei nicht rechtzeitigem Zustandekommen des Etats das Staatsministerium Schabanweisungen ausgeben kann bis zur Höhe eines Viertels der Endsumme des abgelaufenen Haushaltsplans für je drei Monate, soweit die Einnahmen aus den auf besonderem Gesetz beruhenden Steuern, Abgaben usw. zur Leistung der vorgenannten Ausgaben nicht ausreichen.

Abg. Weigermel (Dnat. Sp.) beantragt Streichung dieses Satzes.

Die Angestelltenversicherung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat infolgedessen einen zweifelhaften Ruf, als sie es, trotz ihres nunmehr siebenjährigen Bestehens nicht zu einer geordneten Verwaltung gebracht hat.

Nach § 188 des Versicherungsgesetzes für Angestellte soll über die eingezahlten Versicherungsbeiträge durch Marken quittiert werden. Diese Bestimmung ist jedoch niemals durchgeführt worden, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat vielmehr die Beiträge durch die Betriebsinhaber gegen das Versprechen entgegengenommen, den Versicherten alljährlich Kontoauszüge über die geleisteten Beiträge zu übersenden. Dieses Versprechen ist nicht eingelöst worden.

Dieser Tage haben nun die beamteten Mitglieder des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Abänderungsvorschläge zu dem bestehenden Gesetz gemacht, indem sie auf den ursprünglichen Text des Gesetzes zurückgreifen und die Beiträge durch Marken quittieren wollen. Ueber die Art und Weise wie das Lohnbuch der bisherigen Verwaltung geordnet werden soll, enthalten die Abänderungsvorschläge keinerlei Andeutungen.

Der wichtigste Teil der Abänderungsvorschläge besteht für seine Urheber wohl darin, daß die beamteten Mitglieder des Direktoriums zunächst die im bisherigen Versicherungsgesetz für Angestellte vorgeschriebene Aufsicht der Reichsregierung beschränken und sodann mit dem mehr scheinbaren als wirklichen Mitbestimmungsrecht der Versicherten aufräumen wollen. Das Beamtentum im bisherigen Direktorium der Reichsversicherungsanstalt will sich den entscheidenden Einfluß völlig sichern. Mit welcher — man möchte betnahe sagen — Unberufenheit dies bemerkt werden soll, geht aus den Uebergangsvorschritten hervor, in denen es u. a. heißt:

„Der Präsident, der Vizepräsident, die übrigen beamteten Mitglieder des Direktoriums und die sonstigen höheren planmäßigen Beamten, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amte sind, gelten als auf Lebenszeit gewählt und beständig; ihre erworbenen Rechte bleiben unberührt. Sofern sie innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes das Verbleiben im Amte ablehnen, beziehen sie auf die Dauer von fünf Jahren ihr leibzeitiges, ganzes Dienstentkommen einschließlich der Teuerungszulagen als Wartegeld, von da ab drei Viertel dieses Gesamtentkommens als Pension. Als Teuerungszulagen für diese Beamten gelten jeweils die im Verlaufe des Wartegeldbezuges, spätestens im Zeitpunkt des Beginns der Pension, an gleichartige Klassen der Reichsbeamten gewährten Zulagen. Die Vorschriften der §§ 57 bis 60 des Reichsbeamtengesetzes gelten entsprechend, ebenso finden dessen Vorschriften über die Hinterlassenenversorgung entsprechende Anwendung.“

Höhere Beamte, denen Intarifikationen auf Stellen eröffnet sind, insbesondere durch Ernennung zum Regierungsdirektor von Reich wegen, sind bei der Besetzung der planmäßigen Stellen zu berücksichtigen. Mit erfolgter Wahl gelten sie als auf Lebenszeit gewählt und beständig.“

Die Herren Direktoren und diejenigen, die in ähnlicher Rangstufe stehen, wollen also auch materiell für sich sorgen, um im übrigen ein beinahe unbefränktes Regiment über die mittleren und unteren Beamten in ihrem Betriebe auszuüben. Dieser Plan aus der Versicherung für Angestellte eine Institution zu machen, die statt dessen für die Mitglieder des Direktoriums existiert, wird von den freigewerkschaftlichen Angestellten entschieden bekämpft, und zwar um so mehr, als gerade dieses Direktorium, das noch größerer Macht strebt, sich bisher als unfähig erwiesen hat, die Reichsversicherungsanstalt in einer den Wünschen der Angestellten genügenden Weise zu verwalten.

Wege der Volkswohlfahrt.

Armut an Realitäten kostet auf Deutschland. Der Wille zur Sparsamkeit ist eines jeden Pflicht. Schwierig aber ist es, zu sagen, wo mit dem Sparen begonnen werden soll. An die Bucherer, Schieber und leicht Reichtumwerbende sich zu wenden, ist unmöglich; bei ihnen hilft nur Zwang. Der Ruf zur Sparsamkeit kann nur an das arbeitende Volk gerichtet werden. Und hier klafft zwischen Wille und Tat ein unverschuldeter Mangel. In Wohnung, Nahrung und Kleidung kann nicht gut noch mehr gespart werden, als es bereits geschieht. Im Gegenteil, das bittere Nahrungsmittel der Kriegszeit ist hier bereits ein Uebermaß des Nützlichen. Hier wäre die Möglichkeit einer minder großen Sparsamkeit die größere Sparsamkeit. Und so stehen wir im Kernpunkt des Problems. Es lautet: wie sparen wir an Volkstraft? In einer kleinen Schriftreihe (Wege der Volkswohlfahrt), die der Vereinigung wissenschaftlicher Vorkämpfer erschienen, versucht das Zeitschriftchen „Ministerium für Volkswohlfahrt“ diese Frage von einer breiteren, wissenschaftlichen zu beantworten. Als Volkswohlfahrt, die ist notwendig auf diesem Gebiet.

Im ersten Doppelheft der Reihe (Wege der Volkswohlfahrt) geleitet uns Wohlfahrtsminister Siegelwald durch den Aufgabenkreis seines Ministeriums und gibt damit zugleich einen wertvollen Ueberblick über die Aufgaben der Volkswohlfahrt an sich. Was zu fordern und was zu erwarten ist, erkenntlich ist es, wie er sich bemüht, zu gleicher Zeit der in diesen Dingen besonders wichtigen Privatinitiative freie Hand zu lassen und doch die Zentralisation, die erst die Maßnahmen Einzelner für die Allgemeinheit gewinnbringend auswerten vermag, in strenger Gliederung durchzuführen. Hier haben wir das Beispiel im Kleinen für die Möglichkeit einer freizeithlichen Selbstverwaltung innerhalb eines konsequenten Zentralismus. Einheitsplan und Selbstverwaltung sind nicht unüberwindbare Gegensätze. Mit dem dritten Heft (Staatliche Wohnungsfürsorge in Preußen), in dem Staatssekretär Genosse Adolf Scheidt in sehr durchsichtiger und instruktiver Diktion den Kampf gegen die Wohnungs- und Baumisere darlegt, haben wir uns bereits beschäftigt. Hier wird ein Weg, der auswärts führt, sichtbar; hier sieht sich der gute Wille in die Tat um, wenn natürlich auch nicht einem Staatssekretär für Wohnungswesen die Häuser auf der hohen Hand wachsen. Wer in Wohnungs- und Vorkauf eines Raumes bedarf, findet in dem Heft die erste Hilfe. Netz theoretisch setzt sich in Heft 4 Professor Dr. Adolf Gottstein Direktor der Abteilung für Volkswohlfahrt im Reichsministerium, mit seinem Problem „Arbeitslosigkeit und Volkswohlfahrt“ auseinander. Wer wie die Theorie eine wichtige Grundlage der Praxis ist, so auch hier. Es ist von prinzipieller Bedeutung, was hier ausgesprochen wird, wie Arbeitslosigkeit nicht nur an der Volkstraft zehren, sondern auch Arbeitskraft konsumieren und so der Gütererzeugung in doppelter Hinsicht schaden. Heft 5 (Erwerbslosenfürsorge) greift eine der brennendsten Tagesfragen auf. Es fehlt leider an Raum, auf die Ausführungen des Herrn v. Geldern, Ministerialrat im Reichsministerium, einzugehen. Wer sich in die schwierige Materie einarbeiten will, dem sei das Heft empfohlen. Ueber die vorgeschene Arbeitslosenversicherung und die Verankerung der Arbeitslosenversicherung in die bereits bestehende Arbeitslosenversicherung hätte man gern ausführlicheres gehört.

Radweg so das Gebiet der Volkswohlfahrt in großen Zügen durchstreifen ist, wäre es vielleicht von Wert, der Sammlung Deste anzureichern, in denen praktische Erfahrungen und wertvollere Anregungen, die für den Einzelnen und für interessierte Kreise in Betracht kommen, dargelegt werden.

Wirtschaft

Unternehmen oder Verwaltung?

Der Professor an der Bergakademie in Clausthal, Dr. Ing. Spackler, veröffentlicht in der „D. M. Z.“ einen Aufsatz über die Kohlensozialisierung, der mit folgenden Ausführungen schließt: Man hat den Kohlenbergbau häufig mit der Eisenbahn verwechselt, deren Staatsbetrieb sich bei verwaltungsmäßiger Wirtschaft bewährt habe. Dieser Vergleich ist falsch. Nicht mit dem Bau neuer Bahnen, und zwar recht schwieriger Gebirgsbahnen, ist der Bergbau vergleichbar. Die Herstellung von tiefen Einbauten, von Tunneln und Bergwerksbetrieben für den Bahnbau entspricht völlig dem Bergwerksbetriebe. Nirgends unter Tage findet man an zwei Stellen ganz gleiche Verhältnisse, Ebenen wie bei der Bau von Gebirgsbahnen eine verwaltungsmäßige Wirtschaft zuläßt und dabei von der Eisenbahn nicht im Staatsbetriebe, sondern durch Uebertragung an Unternehmer ausgeführt wird, ebensowenig ist der Bergbau für einen verwaltungsmäßigen Staatsbetrieb geeignet. Aus diesem Grunde haben in der preussischen Verwaltung die staatlichen Bergwerke auch stets eine gewisse Sonderstellung eingenommen, und es war gerade eine ständig wiederkehrende Forderung des preussischen Landtages, durch eine Vorgesetztheit der staatlichen Bergdirektoren die Werke aus der verwaltungsmäßigen Wirtschaft auch äußerlich herauszunehmen und die wirtschaftliche Freiheit, welche für einen unternehmerähnlichen Betrieb nötig ist, unbedingt zu sichern.

Soll unter deutscher Verabau weiter das Wirtschaftsleben ausbreiten und Kohlen verloren, so muß dafür gesorgt werden, daß den leitenden Persönlichkeiten des Bergbaues eine Stellung gewahrt bleibt, wie sie bisher den Unternehmern zugebilligt hat. Die Frage, ob der Kohlenbergbau zu den überwiegend verwaltungsmäßigen Wirtschaftsgebieten gehört und eine Sozialisierung unter Ausschaltung des Unternehmertums zuläßt, muß beantwortet werden nach Änderung von Sachverhältnissen, welche in den komplizierten Betrieb eines Bergwerks genügend hineingehaut haben. Wer den ständigen Kampf der Betriebsleitung gegen die Elementarereignisse und die Tragweite der Entschlüsse kennt, der wird zustimmen, daß eine verwaltungsmäßige Leitung unseren Bergbau in aller Eile umzuwandeln muß. Daran würde der größte Fleiß der Arbeiter nichts ändern können. Bergbau ist und bleibt „Unternehmen“.

Arbeitsgemeinschaften als Unternehmer.

Die Stadt Altona hat mit der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften ein beachtenswertes Beispiel wirksamer Selbsthilfe gegeben. In Altona war für Notstandarbeiten die Aufstellung ausreichender Voranschläge schließlich unmöglich geworden, eben weil die Leistung des einzelnen Notstandarbeiters eine völlig unbestimmte „Größe“ war. Aus der Einstellung erheblicher Beträge für „Unvorhergesehenes“ und „zur Abrundung“ ließen sich die Kosten einer Arbeit, abgesehen von der ständig wachsenden Materialerhöhung, einfließen wegen der ungleichen Arbeitsleistungen nicht mehr annähernd bestimmen. Man suchte einen Ausweg und fand ihn durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die zur Ausführung bestimmter Arbeiten als eine Art Unternehmergruppe auftraten. Die Folge war bald eine so weitestgehende Besserung der Arbeitsleistungen, daß die Notstandarbeiten in Altona nur noch auf diesem Wege angeführt werden konnten. Jede dieser Gemeinschaft besteht aus höchstens 250 Mitgliedern; mit Rücksicht auf das Gelingen der Sache empfiehlt es sich, den Kreis nicht zu weit zu ziehen. Die Bezahlung erfolgt entsprechend der geleisteten Arbeit. Die Genossenschaft wählt selbst ihren Vorstand, der der Stadt Rechnung ablegt, ebenso wie jeder Privatunternehmer gegenübersteht. Bei der Vergütung der Arbeiten submittieren die Genossenschaften gleich den Privatunternehmern. Erleichtert wird den Genossenschaften ihre Tätigkeit dadurch, daß die Stadt ihnen wöchentlich Abschlagszahlungen entsprechend dem tarifizierten Wert der jeweils geleisteten Arbeit gewährt, damit die Genossenschaft ebenso wie der kapitalistische Unternehmer regelmäßig die Löhne an ihre Mitglieder zahlen kann. Natürlich ist die Zahlung der Krankheits- und Versicherungsbeiträge Sache der Genossenschaft; die Stadt hat mit dem einzelnen Mitglied nichts zu tun. Die Frage der Entlohnung regelt daher die Genossenschaft selbst; gezahlt werden die Tariflöhne.

Terminale Genossenschaften bestehen bereits u. a. im Straßenbau, im Tiefbau, im Heimstättenbau. Einige Arbeitsgemeinschaften sind bereits handelsgerichtlich eingetragen; mit den übrigen verhandelt die Stadt noch wegen der Eintragung. Man ist in Altona davon überzeugt, auch die noch in Regie beschäftigten Notstandarbeiter an Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Jedenfalls zeigen sich hier Möglichkeiten für den Abbau der Erwerbslosigkeit und die Förderung unserer wirtschaftlichen Leistungen.

Produktionskosten für Kartoffeln.

Wir erhalten folgende Einwendung: In Nr. 540 vom 2. November d. J. bringen Sie unter „Wirtschaft“ eine ausgedehnte Wiedergabe eines Artikels aus der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“, betitelt: „Die Produktionskosten für Kartoffeln“. Das Profitinteresse der Spiritusindustriellen läßt einseitige Preisberechnung und andere Unbequemlichkeiten klarlich erscheinen. Es werden da die Produktionskosten mit 1500—1600 M. der Ertrag mit 65 Rentner pro Morgen berechnet. Ich bewirtschaftete vier Morgen Land. In diesem Jahre hatte ich hiervon 17 1/2 Morgen mit Kartoffeln bestellt. Produktionskosten und Ertrag liefen sich hierbei wie folgt: Im Herbst säen 25 M. im Frühjahr säen 30 M., Berechnung für Düngung, mit Säen und Ertrag 175 M., Häufeln 15 M., Boden 250 M., Roden und Einheinen 500 M., 14 Rentner Auslaß, je 15 M., 210 M., Berechnung des Bodens 100 M. = 1305 M. Ertrag auf 17 1/2 Morgen 100 Rentner. Hiernach stellt sich also der Selbstkostenpreis auf 13,05 M. pro Rentner. Die Vergütung des Bodens stellt sich aber bei dem bodenkundigen Besitzer bei weitem ansehnlicher. Auch die Verlesung ist bei mir sehr hoch, da ich durch Lohngepanne bestanden lasse, während der Gutsbesitzer mit eigenem Gespanne arbeitet. Die Bodenbeschaffenheit erreicht hier auch lange nicht den Durchschnitt. Der Rentner Kartoffeln könnte also sehr wohl mit 18—16 M. abgeben werden.

Die rückläufige amerikanische Ausfuhr. Die Bewegung der amerikanischen Ausfuhr ist entschieden rückläufig. Im August betrug sie 584 Millionen Dollar gegen eine Einfuhr von 519 Millionen. Hierzu kommen die Frachten, die die Vereinigten Staaten an Europa zahlen müssen, und die Ausgaben der amerikanischen Touristen in Europa. Der Rückgang gegenüber 1919 ist bereits sehr merkbar. Amerika führte in den ersten acht Monaten Waren im Werte von 3 010 813 000 Dollar ein, im gleichen Zeitraum 1920 aber nur Waren im Werte von 1 482 626 Dollar.

Der Antrag wird abgelehnt. § 40a besagt: „Das Finanzwesen der erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen des Staates kann durch Gesetz abweichend von den Vorschriften der Verfassung geregelt werden.“

Abg. Weiskermel (Dnat. Sp.): Das Haus darf sein Kontrollrecht nicht aus der Hand geben.

Abg. Leibig (Dt. Sp.): Die Bestimmung soll die Möglichkeit schaffen, daß kaufmännischer Geist in die Finanzverwaltung hineinkommt. Er muß in Uebereinstimmung gebracht werden mit der parlamentarischen Kontrolle.

Abg. Limberg (Soz.):

Mit den Straßbergwerken darf es nicht so weitergehen. Das Parlament weiß von dem einzelnen Betrieb nichts, weil es weder im Aufsichtsrat, noch im Direktorium vertreten ist. Die Arbeiter und Angestellten müssen größere Rechte erhalten und an der Kontrolle aktiv teilnehmen. Bisher ließ das Verhältnis zwischen der Betriebsverwaltung und den Arbeitern sehr zu wünschen übrig, und das Beeinträchtigt die Ertragskraft des Betriebes in nachteiliger Weise. In den Rechten des Parlamentes bei der Beaufsichtigung dieser Betriebe darf in keiner Weise gerüttelt werden.

Abg. Weiskermel (Dnat. Sp.): Das Parlament darf sich nicht in Details in den Gang der einzelnen Betriebe einmischen, sondern sollte die Verwaltung lieber den erfahrenen Leitern überlassen.

§ 40a wird unberändert angenommen. Ein Antrag Herz (Dnat. Sp.) auf Aufnahme einer Bestimmung, in der die Verpflichtung zur Förderung des selbständigen Mittelstandes in der Verfassung ausdrücklich festgelegt wird, wird abgelehnt, nachdem Staatssekretär Freund auf die Unzulässigkeit der Aufnahme einer solchen Bestimmung, die gegen die Reichsverfassung verstößt, hingewiesen hatte. — Die §§ 58 und 59 regeln die Selbstverwaltung.

Abg. v. Kries (Dnat. Sp.): Den Beschlüssen des Ausschusses über die

Selbstverwaltung der Provinzen

stimmen wir zu. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmen wir gegen den § 58a, der die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeinderatwahlen regelt, eine Materie, die durch die Provinzialgesetzgebung selbst geregelt werden müßte. Ich befürchte von der Autonomie ein Auseinandergehen der Provinzen. Die Verkümmern des Reichs kann nur verhindert werden, wenn ein starkes Preußen seine Anziehungskraft geltend macht. (Lebhafter Beifall bei der Dnat. Sp.)

Abg. Preuß (Dem.): Ich muß gestehen, daß mich die Darlegungen des Abg. v. Kries bedenklich gemacht haben, auf den Ausschussbeschlüssen stehen zu bleiben. (Hört! hört!) Na, wenn es sich hier darum handelt, freischwebende Gebilde zu schaffen, dann wären diese Darlegungen sehr beachtenswert. Er scheint aber vergessen zu haben, daß Preußen in seiner Verfassung

als Glied des Reiches

bezeichnet wird. Wir stehen mindestens in der zweiten Stunde. Eine kluge Politik muß dieser Reform entgegenkommen. Freilich hat die Rechte sich nie auf eine solche verstanden. Es wäre erwünscht gewesen, daß die Kompetenzen für Staat und Provinzen in der Verfassung gründlicher abgegrenzt würden. Doch wäre das zu sehr ins Einzelne gegangen. Wir müssen die zentrale Reichsgewalt stärken, aber von oben herab geht das nicht, sondern nur durch Stärkung der Selbstständigkeit der Landschaften kann für das Reich wirkungsvoll gesorgt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Danach verlegt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr mittags: Verfassung, Etat. Schluß gegen 7 Uhr.

Parteinachrichten.

30 Jahre Breslauer „Volkswacht“.

Am 1. November konnte unser Breslauer Bruderblatt, die „Volkswacht“, auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Mit knapp 8000 Abonnenten begann es sein Dasein. War auch das Sozialistengesetz gefallen, so wurde das mutige Blatt doch bald nach seinem Erscheinen mit einer Flut von Prozessen und Strafen überschüttet. Alle Register ließ die berühmte Breslauer Justiz springen, um ihm das Leben nicht auszuhauchen. „Volkswacht“, so schreibt die „Volkswacht“ in ihrem Festschriftchen, „die Majestät beleidigt und bald ein Nachwächter, Amisvorsitzer, Gendarmen, Schupseus, Plarier, hohe Minister und niedrige Bediente, Vergewerter, Großgrundbesitzer, Fabrikanten, sie alle erkreuzten sich der größten Härte der Breslauer Justiz, die obenrein besonders noch darüber wachte, daß ihre eigenen Urteile mit größtem Mißtrau entgegengenommen wurden. Was in zehn anderen sozialdemokratischen Blättern unbeanstandet gedruckt werden konnte, das führte in Breslau zu monatelangen Gefängnisstrafen.“ 19 Redakteure der „Volkswacht“ mußten insgesamt 14 Jahre und achtzehnhundert Monate hinter schwebischen Gittern zubringen.

In dem todbenden Streit der Meinungen, der nach der Revolution ausbrach, hat die „Volkswacht“ neu zu ihren alten Grundfragen und zur Partei gestanden. Wie sie seit den 30 Jahren ihres Bestehens immer an der Spitze aller Einrichtungen der Breslauer Arbeiterschaft gestanden hat, stand sie während der letzten Jahre in den Kämpfen, die die deutsche Arbeiterschaft durchlebte, immer in erster Linie.

Demnach wird das Blatt zum ersten Male aus seiner eigenen Druckerei hinauszukommen. Möge es immer wie bisher unermüdet als fähigster Banner voranleuchten und im Kampf gegen Reaktion und Unwissenheit seinen Mann stehen zum Wohle nicht nur der Partei, sondern der gesamten Arbeiterschaft.

Ihr einjähriges Bestehen feierte am 2. November die „Freie Presse“, unser Parteiorgan im Regierungsbezirk Aachen. Ein herzliches Glückauf! zu weiteren Kämpfen und Erfolgen!

Zur alten Partei zurück.

Wir lesen in unserem Rhenberger Parteiblatt: Am Sonntag hielten die beiden sozialdemokratischen Vereine in Achenberg eine Mitgliederversammlung ab, in welcher mit Ernst der große Wert einer einigen geschlossenen Arbeiterschaft besprochen wurde. Die Verammlung zeigte das extremste Resultat, daß einstimmig eine Wiedervereinigung in der alten Partei beschlossen wurde. Alle Genossen belebte der ausmunternde Wunsch, wieder mit frischer neuer Kraft an die gemeinsame Arbeit für das Proletariat zu gehen.

Der Bezirksparteitag für das flämisches Westfalen und die lipptischen Freistaaten fand am Sonntag in Salzgassen statt. Aus dem Bericht der Bezirksleiterung ging hervor, daß die Partei im Bezirk wieder im Aufstiege begriffen ist. Auch mit der Arbeiterjugendbewegung und der Jungsozialistenbewegung geht es vorwärts. Das in Demold gegründete Parteiblatt „Volkswacht“ macht gute Fortschritte. Die Gesamtabonnentenzahl der beiden Blätter im Bezirk beträgt über 2500. Der Beitrag für männliche Mitglieder wurde auf monatlich 40 Pf., für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt. Der Parteivorstand muß dazu noch seine Zustimmung geben. — In den Tagen vom 3.—7. Dezember soll eine großartige Versammlung, und Werbungsfeier in allen Orten des Bezirks abgehalten werden. — Die bisherige Bezirksleiterung wurde wiedergewählt. — Der Parteitag nahm dann noch drei Referate entgegen. Genosse Sebring referierte über: „Die politische Lage“. Genosse Osmer über: „Kommunalkommunistische Aufgaben“ und Genosse Schred über: „Kulturelle Aufgaben der Sozialdemokratie“.

Groß-Berlin

Parteigenossinnen, Parteigenossen!

Begeht den 9. November als einen Festtag. Feiert ihn durch Arbeitsruhe!

Die Reaktion hat diesen Tag der Revolution, um so mehr sollt ihr ihn lieben!

Feiert ihn als den Beginn einer neuen Zeit!

Nicht durch Kirchhofruhe und Generalkrieg! Sorgt dafür, daß lebenswichtige Betriebe und Betriebe nicht stillliegen, sondern daß in ihnen Sonntagsdienst durchgeführt wird.

Mit dem 9. November 1918 begann für das arbeitende Volk eine Zeit, die von ihm die Lösung von Aufgaben fordert, wie sie größer und umfassender noch nie in der Menschheitsgeschichte vorgezeichnet standen.

Die Republik ist geschaffen, Volksrechte, um die unsere Partei jahrelang erlitten gekämpft hat, sind errungen, und unter den größten Schwierigkeiten ist der Aufbau der Wirtschaft begonnen worden.

Nun gilt es, das Werk fortzusetzen und den Kampf zu führen zur Sicherung des Erreichten gegen jeden reaktionären Anschlag, es gilt den Kampf zu führen um die Verwirklichung des Sozialismus.

Allen Anfeindungen und Hindernissen zum Trotz ist die Sozialdemokratie Führerin und Bannerträgerin in diesem Kampfe gewesen und wird es weiterhin sein.

Sie fordert Euch auf, in harter, crasser und zielbewusster Arbeit einig und fest zusammenzustehen, um so die Aufgaben zu bewältigen, zu deren Lösung die Wiederkehr des 9. November mahnt.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der S.P.D.

Das Mittel.

Seit gestern sehn wir an Professor Hipp, Der ebenfalls am Stammtisch Deutschland rettet, Wie sich sein Dulderamtlich, schamunselnd glättet, Als läbe ihn gehelmer Seelenkavipp. Er stimmt nicht mehr wie sonst in das Gesöhn Der Gutgesinnten ob der vielen Lagen, In seiner Haltung lädel sich Vertrauen, Sein Labolodum weht wie Frühlingesöhn. Die Ebert-Republik läuft er im Vier Und wieht die Augen auf als Schelben Rettig, Von Englands Nord sind seine Lippen festig, Bereitigt ist die Entente als Utterier. Erionnen hat er wohl was ganz Geheim's, Germaniens Feinde auf die Antie zu zwingen? Rein, seine Stärke ruht in tiefem Dingen: Seit gestern sehn trägt er ein - Galentreu, Mich den Lindenbesen.

Eine Beschlagnahme von Berliner Schulen

Zur Unterbringung der Bezirksämter 1-6 hatte der Berliner Magistrat geplant. Da diese Einquartierung eine große Behinderung des Schulunterrichts bedeutet hätte, hat gestern das Provinzialschulkollegium im Verein mit den Direktoren und Direktoren der zur Beschlagnahme vorgesehenen Schulen mit dem Berliner Magistrat konferiert. Man einigte sich dahin, daß neben den Schulen je vier Schulräume den einzelnen Bezirken vordringend zur Verfügung gestellt werden sollen. Die betreffenden Klassen werden möglichst in benachbarten Schulen untergebracht, die Schulen aber in der Regel vormittags den Schulen zur Benutzung überlassen bleiben.

Die Abgabe sämtlicher Räume an die Bezirke erfolgt nur bis 31. März 1921. Bei dieser Raumabgabe soll der Schulbetrieb nicht leiden.

Das Licht der Heimat.

Don August Hirsch.

Als er sich gerade in den Sattel schwingen wollte, ritt ein Reiter in schwarzem Trab den Sandweg heraus. Er stützte, das mußte ein Europäer sein; denn alles, was zur Form gehörte, ritt Koloss, ob man es nun eilig hatte oder nicht. Er wartete und ließ den Reiter herankommen. Es war in der Tat ein Europäer, wie er am Sattel und an der Kleidung des Fremden erkannte. Aber wer verirrte sich in diese weltferne Gegend? Da rief der Reiter den mächtigen Panama vom Kopf und schwenkte ihn grüßend in der Luft. „Nied!“ schrie Dierl und rannte dem Freunde entgegen, der lachend auf den Hof sprang. Nied reichte ihm vom Pferd herab die Hand. „Gott du Reiz!“ fragte er nach der ersten Begrüßung. „Kaltlich!“ rief Dierl. „So viel du nur willst, steig ab!“ Aber Nied schüttelte den Kopf. „Ich muß sofort zurück, daß ich das Dampfboot noch erwische, aber wenn du kannst, steig auf und begleite mich, ich habe allerlei Wichtiges mit dir zu besprechen.“ „Nied, einen einzigen Tag wirst du für mich über haben!“ „Ich habe Geschäfte, Junge.“ „Wann hättest du die nicht? Nied, einen eisigen Abend nur!“ Aber Nied wandte schon ungeduldig sein Pferd: „Du wirst in deinem Leben kein vernünftiger Kaufmann. Ich habe Geschäfte, so ich dir. Und doch sie wichtig sind, siehst du voraus, daß ich drei Tage unterwegs bin, um sie mit dir zu besprechen. Also komm!“ Nied sah ihm einen Augenblick ins Gesicht, das Lächeln war, trug aber einen so bestimmten und selbstsicheren Ausdruck, daß er sich entschloß, seinen Fuß in den schweren Steinschuh seines eigenen Pferdes setzte und rief auf. Dann sprangten sie nebeneinander den Weg nach der Konfirmande dahin, dem Fluß zu, der etwa fünfzig Kilometer entfernt seine mächtigen Wasser wälzte. Solange sie noch die Form in der Nähe hatten, jagte Nied sich voraus, als sie aber allein zwischen den Weizenfeldern waren und weit und breit kein Kutscher zu fürchten

Hauseinsturz durch Granatexplosion.

Explosion in der Wohnung eines Munitionssammlers.

Ein tragischer Vorfall, bei dem ein Arbeiter das Leben eingebüßt, eine Frau und zwei Kinder schwer verletzt, eine andere Frau leichter verletzt wurde, hat sich am gestrigen Donnerstag nachmittag in dem Hause Hennigsdorfer Str. 24 abgespielt. Dort klappte in der Wohnung des arbeitslosen Handwerkers Kalschube eine 10-Zentimeter-Granate, die er entladen wollte. Das Geschöß richtete gewaltige Verwüstungen an. Die dritte und vierte Etage des Hauses wurden durchstößlich in Trümmer zerissen, ein Teil des Dachstuhl's stürzte zusammen und Balkenteile und Ziegel fielen bis in die dritte Etage hinauf. Aus der Fassade des Hauses sind in der Höhe der 3. und 4. Etage gewaltige Stücke Mauerwerk herausgerissen worden. Auch aus der Fassade des Hauses wurden die Außenwände herausgebrückt und auf den Hof geschleudert. Die durch ein Wunder sind bei der Katastrophe nicht noch zahlreiche Passanten verletzt worden. Ueber den Unglücksfall werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Der Arbeiter Kalschube wohnte mit seiner Frau und acht Kindern im 4. Stockwerk des Hauses Hennigsdorfer Straße 24. Von Beruf Metallarbeiter, war er schon seit langen Monaten beschäftigungslos und sammelte Munition und Sprengstoffe auf den Schießplätzen in der Umgegend Berlins. Wie Hausbesitzer berichtet, hat Kalschube sehr häufig Granaten und Handgranaten, Blindgänger, die noch gefüllt waren, mit nach Haus gebracht und trotz der großen Gefahr in seiner aus zwei Stuben und Küche bestehenden Wohnung entladen. Am gestrigen Donnerstag war Kalschube auf dem Schießplatz Oberbühl gewesen und hatte von dort eine Granate mitgebracht, die nach den Berechnungen zu rechnen, ein 10. bis 15-Zentimeter-Geschöß gewesen sein muß. Hausbesitzer wollen gehört haben, daß gegen 2 Uhr in der Wohnung des K. geklopft und gehämmert wurde, so daß der Munitionssammler vermutlich mit Stemmeisen und Hammer den Zünder abzuschrauben versuchte. In der Wohnung befand sich Frau Kalschube und zwei jüngere Kinder. Die älteren Knaben und Mädchen spielten auf der Straße, zwei Töchter, die in Geschäften tätig sind, hatten die Wohnung wenige Minuten vor der Explosion verlassen.

Benige Minuten vor 2 Uhr erfolgte die Katastrophe.

Ein furchtbares Krachen.

Das Krachen weit zu hören war, ertönte und aus der Wohnung Kalschubes drangen dicke schwarze Rauchwolken auf die Straße. Das ganze Haus schien zu bebden und in der nächsten Sekunde stürzte fast die ganze Vorderwand des 3. und 4. Stockwerkes nach der Straße, während riesige Steinbrocken sich von der Wand des Seitenflügels lösten und in den Hof hinabfielen. Sämtliche Fensterscheiben des Hauses zerbarsten. Der Dachstuhl des Hauses be-

Verteilung für Bezirksversammlungen.

Der Wahlprüfungsausschuss der neuen Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich mit einigen Anträgen wegen der anderweitigen Verteilung einiger Stadtverordneter zu den Bezirksversammlungen. Es waren nur 15 Mitglieder anwesend. Es wurde beschlossen, die Stadtverordneter Dr. Holz + Wilmerdor (S. P. D.) dem 9. Bezirk, Remond-Tempelhof (Dt. P.) dem 18. Bezirk, Dr. Lohmann (S. P. D.) dem 15. Bezirk und Harrer Kästner + Charlottenburg (Ztr.) dem 7. Bezirk zu überweisen. Frau Stadtverordnete Niemetz und Stadtverordneter von Weinert-Wildau v. d. C. R., durch deren Verteilung zu Bezirk 11 das eigentliche Stärkeverhältnis der Parteien bei der Wahl am 20. Juni in sein Gegenteil verkehrt worden war, sollen ostragt werden, ob sie mit einer Verteilung zu einem benachbarten Bezirk ihres Wohnsitzes einverstanden sind.

Wie die „Morgenpost“ Abonnenten preist.

An der letzten Audienz im Getreidewerbe beteiligte sich u. a. auch die in „Arbeiterfreundschaft“ mimernde „Berliner Morgenpost“. Um sein reaktionäres Gesicht zu verbergen, wurde

mühtigste sich, eine milde Panik, niemand mußte, was geschehen war und so stürzten Frauen und Kinder Hilfe rufend auf die Straße. Das Haus hat einen furchtbaren Knall. Auf dem Strohanpflaster lagen neben den Steintrümmern auch

Möbelstücke, Matrasen, Stühle und Kleiderstücke. Die aus den Wohnungen Kalschubes und des unter ihm wohnenden Metallarbeiters Wolff durch den Einsturz hinausgeschleudert worden waren. Glücklicherweise hatten die inabstürzenden Trümmer keinen der Passanten verletzt. Aus den Wohnungen im 3. und 4. Stockwerk ertönten schreckliche Hilferufe. Zunächst schien es kaum möglich, über die ebenfalls beschädigten Treppen den Raungang zu Gasse zu kommen, da die Mauer große Risse zeigten und Einsturzgefahr bestand.

Bewohner der gegenüberliegenden Häuser riefen die Feuerwehr herbei, die auf die Meldung „Menschenleben in Gefahr“ mit Krankenwagen in vier Jügen herandrückte und sofort an die Unglücksstätte vordrang. Ein Teil der Feuerwehrleute räumte zunächst den Schutt auf der Straße aufeinander, da man anfänglich glaubte, daß unter diesen Trümmern noch Menschen lagen. Glücklicherweise erwies sich diese Annahme als irrig. Nur unter größten Schwierigkeiten konnten die Feuerwehrleute in die vollkommen verpölkerten Wohnungen vordringen. Im 3. Stockwerk fanden sie die 35jährige Frau des Metallarbeiters Wolff, die erst kürzlich sich verheiratet hat, bettungslos in der Küche liegen. Da die 4. Etage in die 3. Etage hinabgestürzt ist, lagen die Möbel der beiden Familien in wirren Trümmerhaufen durcheinander. Nur unter großen Mühen gelang es, Waisen und große Stücke Mauerwerk beiseite zu schaffen und unter den Möbelschutt die vier Mitglieder der Familie Kalschube zu bergen. Die Frau und die beiden Kinder gaben noch Lebenszeichen von sich, während der

Mann, der durchstößlich zertritten ist,

bereits tot war, als die Helfer ihn fanden. In Krankenwagen wurden die vier Verletzten in das jüdische Krankenhaus bzw. in das Kaiser-Friedrich-Kinder-Krankenhaus gebracht. Frau Wolff ist glücklicherweise mit leichteren äußeren Verletzungen und einem Schädelbeingebirch davongekommen. Dagegen hat Frau Kalschube durch Granat splitter am ganzen Körper, besonders aber im Gesicht, so schwere Verletzungen davongetragen, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Auch die beiden Kinder sind am Kopf, namentlich an den Augen, so schwer verletzt, daß für ihre Wiederherstellung nur geringe Hoffnung besteht. Die Feuerwehr benutzte die Sicherheitsposten von der drohenden Einsturzgefahr des Hauses und so wurde das Gebäude bis auf weiteres gesperrt. Vor dem Hause hatte sich in den Nachmittagsstunden eine noch Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden, so daß ein größeres Polizeiaufgebot schließlich die Umgebung der Unglücksstätte in größtem Umfange absperrn mußte.

den Morgenpostabonnenten der Betrag von 320 M. für nicht-erfolgte Zeitungen in Abzug gestellt. Ein Feiler M. aus der Charner Straße 209 neben anderen die einzeln richtige Konsequenz aus der Haltung seines Blattes und beschloß sich den „Vorwärts“. Der dem M. zusehenden 320 M. zurückzahlte, weigerte sich der Verlag Kallstein mit dem Betreuer, wer für November seinen Abonnementsbeitrag zahle, besitz auch keinen Anspruch auf Vergütung.

Wir hatten einen solchen Standpunkt für unfair; die Aufsperrung war im Oktober, die Ausfallentschädigung soll für Abonnenten desselben Monats; der Verlag Kallstein soll einen völlig unangenehmen Fund aus, wenn er zur Verbindung macht, weiter Abonment zu bleiben. Darum, Arbeiter, lest Arbeiterblätter!

Das Rauchverbot in Umkleekabinen ist den Beteiligten natürlich stets unangenehm, verständige Beamte werden aber von selbst die erforderliche Rücksicht auf Feuersicherheit und Hygiene schenken. Es wird von letzterem oft mit Recht als unangenehm empfunden, wenn in allgemein zugänglichen Umkleekabinen eine Rauchwolke den Eintretenden empfängt und ihm gar bei der Abfertigung noch Rauch

„Ja — aber“

„Rein aber. Das sind Lippis, lieber Junge, die einem nur ein einziges Mal im Leben begegnen und wenn man die verläumt, bleibt man ewig ein armer Schlucker. Jetzt oder nie!“

„Und da soll ich —?“

„Ja, du. Ich muß für mein Haus nach Mexiko hinaus, leider. Das wird ein paar Wochen oder auch Monate dauern und dann ist zu spät. Und außerdem — ich bin als Kaufmann bekannt, und wenn meine Herren Begner nur den leisesten Wind bekommen, daß ich jetzt schon anfangen zu laufen, rächen sie sofort den Vrat und verderben mir das Geschäft. Wir müssen eben allen zuvorkommen, so heimlich wie möglich. Jetzt aber muß gekauft werden, gerade jetzt.“

Dierl sah eine Peinigung vor sich nieder. Dann sagte er ernst: „Ich denke, daß deine Firma dich bezahlt, um solche Geschäfte für sie und nicht für dich zu machen.“

Sorglos lachte Nied auf: „Für meine Firma mache ich ein ähnliches Geschäft in Mexiko — sie kommt nicht zu kurz. Aber dies Geschäft —“ er sah Dierl fest ins Gesicht — „dies Geschäft mach ich für mich, mit meinem eigenen Geld. Mein kann ich nicht, ich muß einen ehrlichen Genossen haben — einen ehrlichen, verstehst du wohl! Und wenn du der sein willst —“ Er hielt ihm die Hand hinüber: „Sturz und gut — willst du?“

Dierl hob den Kopf. „Sag mal, ist das nicht Bucher, den armen Deuten auf diese Weise das Brot teuer zu machen.“

„Do lachst du hell auf.“

„Du, das ist ein ganz ehrlicher Kaufmannskniff. Es handelt sich sogar darum, diesen Weizen dem großen enostisch-amerikanischen Verband abzugeben, der todsicher in ganz kurzer Frist seine Finger austrecken wird, wenn er nicht jetzt schon an der Arbeit ist. Und dann, dann würde er erst teuer. Also ein gutes Werk auch dazu.“

„Und was,“ fragte Dierl — „was wäre daran zu verdienen?“

„Für jeden von uns ein paar Hunderttausend.“

Da schob Dierl eine heiße Welle zum Verrate. Dann konnte er sein Werk bauen, konnte wenigstens das Moor kaufen — ein Taumel kostete ihn, daß er nicht sprechen konnte. Nied deutete sein Schweigen anders.

(Fortl. folgt.)

war, ließ er sein Pferd endlich in Schritt fallen und sah sich um.

„Der Weizen steht hier gut, Junge, nicht wahr?“ sagte er.

„Bist du nur deshalb gekommen, um das festzustellen?“ fragte Dierl, der ungeduldig auf Frieds Erzählung wartete.

„Werdings,“ sagte Fried trocken. „Und denkst du, daß die Ernte hier auf hereinkommt, ich meine, daß nicht irgendwelche Zwischenfälle zu befürchten sind?“

„Ich glaube nicht,“ sagte Dierl, „aber was hat das alles mit deinem Besuch zu tun?“

„Mehr als du denkst, Junge.“ Er wandte sich im Sattel voll dem Freunde zu und lachte übermütig: „Die alte Weidenstraße, die wird Augen machen, was?“

„Willst du mir nun endlich sagen, um was es sich handelt?“ fragte Dierl unwillig.

„Um unser Glück!“ Er hatte sein Pferd dicht an Dierls gedreht und schlug dem Freunde kräftig auf die Schulter. „Aber jetzt hör zu. Ich habe so verschiedene Beziehungen zu allen Weltteilen angeknüpft — ein guter Kaufmann muß seine Augen eben rund um den ganzen Erdball werfen. So ein Red von Käden über die ganze Welt — da sitzt man mitten drin wie die Spinne und lauert auf den fetten Wissen. Und jetzt — ich denke, jetzt kommt er angeflogen, und es ist on uns, ihn zu fangen.“

„Ich versteh dich nicht, willst du nicht etwas deutlicher werden?“

„Gleich. Vorachtern erhielt ich eine Depesche aus Australien, in Geheimschiff, weicht du, die mir meldet, daß die Weizenerte drüben so ziemlich von der Dürre verheutet wird.“

„Und was soll das?“

„Vor erst mal weiter. In Kanada sind sehr trübe Ernteaussichten. Ich weiß nicht, ob du vom dem Umwetter gefahren bist? Nein? Nun, ich habe desto besser angefaßt. Und in Russland — nun, ich hab auch aus Russland Nachrichten — also kurz und gut, es wird wenig Weizen geben im nächsten Jahr.“

„Und was hat das alles mit mir zu tun?“

„Na, wenn du noch nichts merkst! Dann will ich dir rund heraus sagen: Wir beide wollen ein Geschäft im Weizen machen. Ich besorge dir den Kredit und du kaufst, kaufst, kaufst, was du nur kriegen kannst!“ Versteht du jetzt?“

Deutsche Handelsverträge.

Dem Reichstag sind die von den betreffenden Regierungen bereits unterzeichneten Wirtschaftsverträge mit Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn zugegangen. Besonders wichtig und erfreulich ist, daß die Prager Regierung beabsichtigt gewesen ist, das Zustandekommen der Vereinbarung in jeder Weise zu fördern.

Grundlegend für beide Regierungen ist das Prinzip der wechselseitigen Weisbegünstigung. Damit eröffnet sich die Möglichkeit des Transithandels nach Russland über die Tschechoslowakei. Die deutschen gesperrten Güter (Spartan) werden freigegeben. Andererseits wird auf die im Artikel 297 des Versailler Vertrages vorgesehene Liquidation deutscher Unternehmungen verzichtet. Nur bei solchen Unternehmungen, die sozialisiert werden sollen (die Heilbader Kurort, Marienbad, Franzensbad, Rontan- und Eisenbahnindustrie) können reichsdeutsche Unternehmungen von dieser Maßnahme nicht ausgenommen werden.

Nach dem Kohlenabkommen gibt Deutschland bis zum Schluß dieses Jahres die Ausfuhr von 100 000 Tonnen monatlich Steinkohlen und Koks frei. Als Gegenleistung erhalten wir monatlich 200 000 Tonnen böhmische Braunkohle und 4000 Tonnen Pilsener Steinkohle. Eine Verlängerung dieses Abkommens wird für ein weiteres Halbjahr in Aussicht genommen. Schließlich ist noch ein Staatsangehörigkeitsvertrag abgeschlossen worden.

Das deutschösterreichische Wirtschaftsabkommen bedeutet die Wiederherstellung des alten Handelsvertrages, wozu nur noch einige besondere Abmachungen über finanzielle Fragen gekommen sind.

Das deutschungarische Wirtschaftsabkommen schließt sich dem mit der Tschechoslowakei fast völlig an. Auch hier waltet gegenseitige Weisbegünstigung.

Diese Hauptverträge bedeuten einen erfreulichen Fortschritt. Der Vertrag mit der Tschechoslowakei entspricht den begrüßenswerten Ausführungen in dem Jubiläumsartikel des Außenministers Dr. Beneš.

Die Besatzungslast.

Am Schluß der Debatte des Hauptauschusses des Reichstages, über deren Verlauf wir im gestrigen Abendblatt ausführlich berichteten, wurde bei der Abstimmung der Antrag Korrell, Haas, Pachnide, auf Herabsetzung der Besatzungsziffer und auf Begrenzung der Kosten zu drängen, einstimmig angenommen. Ferner wurde der Antrag, die Kosten der Besatzungsbehörde (Oberauschuss) von 20 auf 40 Millionen Mark zu erhöhen, angenommen, desgleichen einige weitere Erhöhungen. Annahme findet auch ein Antrag Burlage (B.), darauf hinzuwirken, daß die Zahl und die Tätigkeit der im Rheinland aufgestellten Delegierten sich im Rahmen des Rheinabkommens hält.

Der Ausschuss trat sodann in die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Wiederaufbau ein. Es wurden 40 Millionen an Uebersteuerungsschüssen für fertigmachende und auszuliefernde Schiffe bewilligt, ebenso 25 Millionen zur Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden in den deutschen Schutzgebieten aus Anlaß des Krieges.

Alsdann erhaltete Dr. Reichert (Dnoll. Sp.) sein Korreferat zur Ausführung des Friedensvertrages und seiner Vorbehalte. Das Abkommen von Spa sei von tiefen Einschnitten durch die Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben. Frankreich schwinde in Kohlen, während Deutschland feiere und seine Maschinen nicht laufen lassen könne. Redner hat um Auskunft darüber, welche Vorbereitungen die Regierung für die Genfer Konferenz getroffen habe.

Ministerialdirektor Dr. Fischer vom Reichsfinanzministerium erwiderte, daß seit Monaten eingehende Besprechungen unter Führung des Auswärtigen Amtes über den

Aufgabenkreis der Genfer Konferenz stattfänden. Für die Entschädigung der Fabrikanten, die Maschinen zur Herstellung von Kriegsgewehren gemäß dem Friedensvertrag ab-

proletarische Theater spielt in Eilen, und es hat den Eindruck, daß es möglich ist, durch einfache Bühnensmittel, mit Vorhängen und Scheinverleihen und schlichten Dekorationsarten gute Wirkungen zu erzielen. Die Schauspieler haben sich unter Opfern dem Arbeiterunternehmen zur Verfügung gestellt. Auch erste Kräfte haben ihre Mitarbeit zugeeignet.

Auf dem Spielplan der kommenden Zeit steht: „Die Feinde“ von Maxim Gorki, ein Stück Sinclair's, des bekannten Verfassers des einzigen proletarischen Romans „Jimie Higgins“, das neue Drama von Ernst Toller „Masse Mensch“, das Karlheinz Martin inszenieren wird unter Mitwirkung von Lilla Durtz und anderen ersten Kräften. Die Preise betragen: Balkarten (gegen sozialistisch-politisch oder gewerkschaftliche Legitimation) 3,50 M., Karten für Arbeitlose 1 M. (nur an der Kasse), Karten für politisch oder gewerkschaftlich nichtorganisierte 5 M. (nur an der Kasse), Mitglieder frei. Annahmen an der Kasse (monatlich 3 M.). Die Vorstellungen des Gorkischen Stückes „Feinde“ beginnen am 10. November. Gespielt wird im Norden: jeden Mittwoch 7 1/2 Uhr (nur am 17. November um 8 1/2 Uhr) Müllerstr. 142; in Reutlin: jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr, Ostendstraße 13; in Roabit: jeden Freitag, 7 1/2 Uhr, Bielefeldstr. 34. Vorverkauf in dem Theaterraum und an folgenden Stellen: Norden: Knoll, Ullrichstr., Ede Hennigsdorfer Straße; Metallarbeiter-Verein, Ullrichstr. 84; Roabit: Bärting, Emdener Str. 23; Südosten: Sporthaus Richte, Köpenicker Str. 108; Osten: Waidmayer Straße 62; Lichtenberg: Gürtelstr. 25; Charlottenburg: Schwarting, Galvanistr. 1; Reutlin: Reglin, Schönleinstr. 24.

Theater. Am Großen Schauspielhaus ist während der Sommermonate eine banale Veränderung vorgenommen worden, von der für die Wirkung des Orchesters eine wesentliche Steigerung zu erwarten ist. Es handelt sich um den Durchbruch eines Schallkanals von der Decke des Orchestertraumes nach der Kuppel. Die Reparatur wird zum erstenmal heute bei Werner R. Heymanns Aufführung „Europa“ zur Anwendung kommen.

Die Abonnenten des Großen Schauspielhauses werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungen des ersten Abonnementsabendes (Danton) am Donnerstag, den 4. November, mit der 30. Abteilung beendet wurde. Die Vorstellungen des 2. Abonnementsabendes (2. Abend) beginnen am Dienstag, den 9. November, und zwar mit der 3. Abteilung. Die Reihenfolge der Vorstellungen für den 2. Abend ist: 3. bis incl. 26. Abteilung: Jorkow, dann 27., 28., 29. und 30. Abteilung, hierauf 1. bis incl. 4. Abteilung.

Musik. In dem Tschaikowsky-Abend des Händlner-Orchesters am Sonntag, den 7. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Händlner-Orchester, mit der erste Solocellist des Orchesters, Godfried Jekander, als Solist mit.

Hans Fein Zwardowski bringt am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Berliner Sezession Novellen des Todes von Heym und Franz zum Vortrag.

Im Deutschen Opernhaus geht am Sonnabend, Figaros Hochzeit (in der Einrichtung von Direktor Georg Hartmann) zum 100. Male seit Bestehen des Theaters (1913) in Szene.

Die neuen Tuberkulose-Heilmittel werden jetzt in der Berliner Reichsmilitär-Gesellschaft kritisch besprochen; die Parteinahme von Dede und Ruch und vor allem das Friedmannsche Mittel. Die Rede, die bei den neuen Mitteln recht heftig gegenübersteht und besonders die übertriebenen Hoffnungen kritisiert, ist noch nicht beendet.

geben oder zerstören müssen, werde der Einstandspreis der Maschinen, nicht der augenblickliche Wert eingezahlt. — Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Der Termin der Landtagswahlen.

Der Vorkonferenz der Preussischen Landesversammlung sagte über die Geschäftsteilung folgende Beschlüsse:

Die zweite Lesung der Verfassung wird in der laufenden Woche beendet. Die dritte Lesung der Verfassung beginnt am Montag, den 15. November. Die nächste Woche bleibt frei, um dem Hauptauschuss und dem Ausschuss für das Wahlgesetz Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Der Wahlauschuss soll in der nächsten Woche das Gesetz soweit fördern, daß es der Vollversammlung baldmöglichst zugehen kann. Am Verlauf der Aussprache wurde u. a. auch über den Termin der Neuwahlen gesprochen. Dabei wurden der 6. und der 13. Februar genannt. Die Stimmung im Vorkonferenzrat ging dahin, daß der 13. Februar als Termin der Wahlen in Aussicht genommen werden könnte. Ein Beschluß darüber wurde aber noch nicht gefaßt.

Ausnahmezustand in Permanenz.

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen betr. Aufhebung des Ausnahmezustandes vom 4. November 1919 an von den Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung in der üblichen Weise, daß nämlich gerade im gegenwärtigen Augenblick die Radikalen auf dem Sprunge seien, eine gewalttätige Umwälzung einzuleiten. Dagegen gelte es, auf dem Posten zu sein.

Die Regierung sagt ist bekanntlich besonders stolz auf die „Ruhe und Ordnung“, die angeblich in Bayern herrscht. Wir finden, daß das ohnehin höchst zweifelhafte Verdienst der bayerischen rechtsbürgerlichen Regierung durch die Tatsache in ein bedenkliches Licht gerückt wird, daß die bayerische Regierung nachgerade ohne den Ausnahmezustand nicht mehr auskommen zu können scheint. Ein Zeichen von Stärke ist die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages jedenfalls nicht. Hieran hindert auch die höchst faden-scheinige Begründung der Ablehnung nichts.

Die Münchener Untersuchungskommission. In Ergänzung unserer Mitteilungen im gestrigen Abendblatt ist nachzutragen, daß der mit der Untersuchung der Münchener Polizeifälle beauftragte Untersuchungsausschuss mit einem Stimmverhältnis von 13:2 zu einem die Schuld der Münchener Polizeigewalt verneinenden Ergebnis kam. Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Held wurde beauftragt, der Vollversammlung des Landtages über dieses Ergebnis Bericht zu erstatten.

Die großindustriellen Kapitalschieber.

In der Verhandlung gegen die wegen Kapitalflucht angeklagten Großindustriellen wurden gestern die einzelnen Angeklagten im allgemeinen zur Sache vernommen. Sie bestritten sämtlich wiederum mit aller Entschiedenheit, die Absicht gehabt zu haben, irgend etwas der Steuerbehörde zu verheimlichen. Ihre Steuererklärungen seien vollständig in Ordnung.

Es wurde sodann in die Erörterung des Falles Saemann eingetreten und die hierbei in Frage kommenden Maßnahmen eingehend erörtert. Es handelt sich dabei um sehr komplizierte finanzielle Fragen, über die zu berichten, ohne genaue Kenntnis der ganzen altenmännigen Unterlagen, eine Unmöglichkeit ist. Bei diesen Erörterungen wurde auch über die Persönlichkeit des Rechtsanwalts Thalberg verschiedene Mitteilungen gemacht. Es kam u. a. zur Sprache, daß Thalberg einer der angesehensten und meistbeschäftigten Züricher Advokaten sei, der infolge seiner ausgedehnten großen internationalen Verbindungen

hat, deren er sich bei seinem Auftreten in Berlin wiederholt ge- rühmt hat. Er habe auf seine engeren Beziehungen zu Regierungskreisen hingewiesen, sei persönlich mit Erzberger bekannt gewesen und habe infolgedessen bei den Banken großes Vertrauen genossen, so daß seine Konten keinen Verdacht erregen konnten. Die gestrige Sitzung schloß um 8 Uhr. Der Vorsitzende beabsichtigt, wöchentlich an vier Tagen zu verhandeln.

Ein oberschlesisches Urteil.

Oppeln, 4. November. (WZ.) Am 17. Oktober waren im Gerichtsgebäude und in der Kasanstraße zu Ost, Kreis Gleiwitz, Maschinenwaffe und andere Waffen erbeutet worden. Angeklagt waren vor dem Entente-Sondergericht ein Gefängnisaufseher und ein Gasmelster. Die Verhandlung ergab, daß der Gefängnisaufseher aus einem Kraftwagen, der vor dem Gefängnis eine Panne gehabt hatte, auf Bitten des Kraftwagenführers im Gefängnis vier Riflen untergestellt hatte, deren Inhalt ihm unbekannt war. Der Kraftwagen war dann in einer Schlosserwerkstatt der Kasanstraße ausgebebert worden. Wer die in der Kasanstraße gefundenen Waffen entgegengenommen hatte, konnte nicht klar erwiesen werden. Die beiden Angeklagten beteuerten, von den Waffen nichts gewußt zu haben. Das Urteil lautete auf je 18 Monate Gefängnis.

Oberschlesische Mittelpartei.

Theophil Kupka, einer der vielen ausgeschiedenen und oppositionell gewordenen Beamten Korfanys, gibt jetzt ein zweimonatliches Wochenblatt „Wola Luda — Volkswille“ heraus, das für folgendes Programm eintritt: Herstellung des Friedens und der Gleichberechtigung, Verhaftung der Dege und ihre Unterbringung in Konzentrationslagern bis zur Abtötung. Entsendung von Kommissionen nach Deutschland und Polen zum Studium der Verhältnisse und wirkliche Selbstverwaltung.

Der Kampf um die Kasse.

Wie die Dema erzählt, findet nach Mitteilung des Landgerichts I sein weiterer Termin im Rechtsstreit der beiden U.S.P.-Parteien bezüglich der Auseinandersetzung der Parteikassen und Parteibureaus statt. Die neulommunistische Gruppe Däumig und Genossen hat offenbar aus ihrer Niederlage im ersten Prozeß die Folgerung gezogen, daß die Verfestigung ihres Rechtsstandpunktes aussichtslos sei und hat dementsprechend ihren zweiten Antrag auf Zurückweisung der Parteibureaus und sonstigen Einrichtungen wieder zurückgezogen. Damit ist das Zentralkomitee der rechten U.S.P.D. nunmehr im unbestrittenen Besitz der Parteikassen und Parteibureaus.

Zum Streik im Textilgroßhandel.

Wie zu erwarten, führten die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar zu keinem Resultat. Der Referent beim Demobilisierungskommissar, Herr Rechtsanwalt Dr. Kluchhohn, brachte es fertig, ein Angebot der Arbeitgeber zur Annahme zu empfehlen, welches darauf hinausläuft, den Streik abzubrechen, bevor man in Verhandlungen einträte. Dann, aber auch nur dann wäre man bereit, den verheißenen Angehörigen,

und nur diesen, kleine Zugeständnisse über das letzte Angebot hinaus zu machen.

Die Arbeitgeber des Textilgroßhandels sind geneigt zu diskutieren! Sie vergessen nur, daß die Kasse durch sie in einen Kampf hineingezwungen ist, der durch Angebote solcher Art niemals beendet werden wird. Die Zentralstreikleitung.

Deutschösterreichs Anschlußwille.

Am heutigen Freitag beginnt in Wien der sozialdemokratische Parteitag; ihm wird ein Antrag des gewesenen Bundespräsidenten in Berlin, Ludo Hartmann, vorliegen, den Volksentscheid für den Anschluß an Deutschland zu verlangen. Für den Volksentscheid ist in der Verfassung bestimmt, daß er von 200 000 Stimmberechtigten gefordert werden muß. Diese Stimmenzahl wird die Partei spielend aufbringen.

Bekanntlich hat die Nationalversammlung beschlossen, daß binnen drei Monaten nach den Wahlen das Volk über die Anschlußfrage abstimmen soll. Der Antrag Hartmanns zeigt, daß unsere Genossen an dem Willen der Christlichsozialen und der von ihnen zu bildenden Regierung zweifeln, den Beschluß der Nationalversammlung auszuführen.

Der belgische Parteitag.

Die Bedingungen für ein Verbleiben in der Koalition.

Brüssel, 4. November. (WZ.) In der vom Sozialistischen Parteitag angenommenen Tagesordnung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Beteiligung der Arbeiterpartei an einer neuen Regierung, bestehend aus demokratischen Elementen anderer Parteien, kein Verzicht auf das sozialistische Programm oder auf einen Teil desselben bedeute. Die Beteiligung werde stattfinden, wenn

1. der Paragraf über dem Streikgesetz verschwinde, der das Streikrecht hemme,
2. wenn der Staat alle Mittel anwende, um die Lebensmittellieferung zu befähigen,
3. wenn das Sozialreformprogramm, das die frühere Regierung angenommen habe, reiflos durchgeführt,
4. wenn das Gesetz über den Achtstundentag, das die Kammer, aber der Senat noch nicht angenommen habe, zur Anwendung gelange,
5. wenn die Militärdienstzeit nicht länger als höchstens sechs Monate dauere, und
6. wenn die Verfassungsbänderung im Sinne der Forderungen der Demokratie durchgeführt werde.

Wenn die Sozialdemokratie praktisch vor der Frage der Beteiligung an der Regierung stehe, solle nochmals ein engerer Kongress über die Lage und über die endgültige Entscheidung beschließen.

Ein Aufruf der französischen Bergarbeiter.

Paris, 4. November. (WZ.) Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter, der gestern seine Beratungen beendet hat, hat einen Aufruf an die gesamte französische Arbeiterklasse und die öffentliche Meinung gerichtet, in dem die Bergarbeiter ihre Forderungen damit revidierten, daß eine große Anzahl unter ihnen bei der heutigen Bezahlung ein elendes Dasein fristen müßte. Werde am 15. November die Kohlenförderung in ganz Frankreich unterbrochen, dann wisse das Land, wen die Verantwortung hierfür treffe.

Wilson und Harding.

New York, 3. November. (L. D.) Angesichts der übermächtigen Niederlage seiner Verwaltung wird Wilson von seinen Freunden gedrängt, sich seines während des Wahlsieges 1916 gegebenen Versprechens zu erinnern, er würde seinen gewählten Nachfolger zum Staatssekretär ernennen und dann mit dem Vizepräsidenten zu seinen Gunsten zurücktreten. (Seine Amtsdauer läuft noch bis März 1921.)

Präsident Harding wird einen größeren Betrag für den europäischen Hilfsfonds leisten und einen Aufruf an das amerikanische Volk richten, allen leidenden Kindern im Ausland zu helfen.

Der Senat wird aus 39 Demokraten und 57 Republikanern bestehen, das Repräsentantenhaus eine republikanische Mehrheit von mindestens 60 Stimmen haben. Die Sozialisten behalten nur den einen Sitz Victor Berger's aus Milwaukee, der gleichwie Debs wegen Kriegsgegnerchaft eingekerkert wurde.

New York, 1. November. (Tel. Union) Der Republikaner Calvin Coolidge ist zum Vizepräsidenten gewählt worden.

Bei der Abstimmung in Kalifornien hat sich eine große Stimmenmehrheit für das Gesetz ergeben, wonach Japaner keinen Grundbesitz erwerben dürfen. — In Milwaukee wurde ein in dieser deutschen Stadt doppelt unverkündetes Gesetz gegen den deutschen Schulunterricht verworfen.

Die Suche nach den Kriegsschuldigen.

Die „Humanität“ bespricht, wie ein Telegramm des Holländischen Newsbureau meldet, die französische Ausgabe von Kautsky's Buch und sagt, daß diejenigen, die damit gerechnet hätten, nunmehr einen Beweis dafür in Händen zu haben, daß Deutschland am Kriegsausbruch Schuld sei, eine bittere Enttäuschung erleiden mußten. Kautsky führe nicht nur nicht einen einzigen Beweis dafür an, daß der deutsche Kaiser der verantwortliche Anführer des Krieges sei, sondern durch eine Reihe von Dokumenten beweise er selbst, daß von allen Schulten, die im Juni 1914 die Völker leiteten, der Kaiser vielleicht derjenige gewesen ist, der am Verbrechen am wenigsten Schuld habe. Kautsky habe sich sehr unkritisch gezeigt. Er glaube kein Wort von dem, was die deutsche Regierung gesagt habe und jedes Wort, was die Entente staatsmänner sagten. Vor allem urteile er sehr leichtfertig über das Attentat von Serajewo. Es heiße dann: Mit welchem Recht begibt Kautsky, der Mitglied der internationalen sozialistischen Partei ist, die heldenhafte Haltung der kleinen Gruppe von Sozialisten in Serbien, die die Umstände von Serajewo genau kannten und mutig genug die Verantwortung übernahmen, gegen die Militärkredite zu stimmen, in einem Augenblick, da die Cesterreich-Ungarn in serbisches Gebiet einbrangen.

Die Kritik der „Humanität“ zeigt, daß man jetzt auch in den Entente-Ländern nach Kriegsschuldigen zu suchen beginnt, und daß die These von der Schuld der deutschen Regierung, der Krieg sei durch einen beschuldigten deutschen Angriff zum Ausbruch gelangt, starken Erschütterungen ausgesetzt ist. Schreitet dieser Prozeß der Selbstbefragung fort, so wird schließlich die Sozialistische Partei jedes Landes Hauptschuldige des Krieges in ihrem Lande entdecken, und dadurch wird die Wahrheit an den Tag kommen, daß eben alle mitschuldig gewesen sind. Deutschland hat seinen Teil in dieser Aufklärungsarbeit geliefert, Kautsky's Buch ist trotz seiner Einseitigkeit darum ein wichtiges Stück, mögen die anderen folgen!

